

vielmehr das Machbewußtsein der Arbeiterklasse und das Vertrauen der Arbeitermassen zur kommunistischen Partei stärken.

Das zweite Mißverständnis könnte darin bestehen, wenn man annehmen würde, daß die Einheitsfront der Werktätigen, die Einheitsfront der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter überwindlich macht. Im Gegenteil, die sozialdemokratischen Arbeiter haben gerade jetzt die größten Aufgaben zu bewältigen. Die sozialdemokratischen Arbeiter kommen aus der empörenden Haltung der SPD-Führung bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen die Marx-Regierung erschüttert, daß der SPD-Vorstand weder vor noch nach dem Volksentscheid an einen einheitlichen Kampf gegen die monarchistische Reaktion denkt. So müssen die sozialdemokratischen Arbeiter den Kampf nicht nur gegen die offene Frontenfront, sondern auch gegen die verborgene Führung der SPD, die bereit ist, die Macht kampflös in die Hände des Faschismus hindübergeben zu lassen, mit Entschlossenheit aufnehmen. Das bedeutet aber: Einheitsfront der Arbeiterschaft gegen die Einheitsfront der Frontenfront!

Ein elementarer Drang nach Bildung von Einheits-Linien macht sich im ganzen Reich bemerkbar. Auch die letzten Tage und gerade die letzten Tage müssen vor dem Volksentscheid noch zur Bildung von gemeinsamen Fronten durchzuführen des Volksentscheides benutzt werden. Denn die Einheitsfront der Werktätigen muß nicht nur die sozialdemokratischen Arbeiter umfassen, sondern erfordert ihre aktive Mitarbeit an der Gewinnung der übrigen wertvollen Schichten.

„Was soll nach dem Volksentscheid werden?“ Die Frage erfordert schon jetzt Antwort durch praktische Tat. Den Sieg des Volksentscheides zu organisieren, die Einheitsfront jeden Tag mit einem Schritt weiterzubringen, heißt (sowie, als den Sieg nach dem Volksentscheid zu sichern.

Berlin im Zeichen der roten Front Monarchistische Demonstrationen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. Juni.
Der gestrige Sonntag wurde zu einem großen Massenauftzug der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht, wie die SPD-Führer, die Straßen der Reichshauptstadt überlassen wollten. In den fünf verstreutesten Rundgebungen der SPD nahmen mindestens 90 000 Arbeiter und Arbeiterinnen teil. Besonders stark war die Beteiligung von Mittelständlern an der Demonstration, die von der Berliner Bevölkerung überall bejubelt begrüßt wurde. An den Hauptstellen konnte man sehen, daß sich auch an der sozialdemokratischen Arbeiterschaft an der Demonstration beteiligten.

Die zu gleicher Zeit im Ostpreußen stattgefundenen Rundgebungen der Monarchisten ergab ein ungeheures Häuflein. Es waren namentlich aus dem Königsberg-Stadt nur eine Zahl von 12 000 anwesend, während der „Montag Morgen“ eine Zahl auf 7000 bis 8000 Personen einschließlich der Neugierigen und der Gegner schätzte und die „Welt am Montag“ eine Zahl von etwa 6000 als fast zu hoch geschätzt wurde. An einigen Stellen im Ostpreußen wurde die „Internationale“ mitten in die deutschen Nationalen Rede hinein. Daraufhin wurde das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ gespielt. Die gesamte monarchistische Demonstration geriet in ein Wirrwarr.

Im Frontenpakt wurde ein Reichsbannerentwurf, der Hauptblätter verteilte, von der Reichshauptstadt übermündet.

Der „Montag-Morgen“ schreibt über die kommunistische Demonstration: „Der Besuch war außergewöhnlich stark. Auf dem Wittenberger Platz fand besonders die starke Beteiligung der bürgerlichen Schichten auf, die der gestrigen monarchistischen Rundgebung mit stillerem Interesse folgten. Sonst beherrschte überall der Rote Frontkämpfer-Bund das Feld.“

Gemeinsame Rundgebungen im Ruhrgebiet

(Eig. Drahtm.) Essen, 14. Juni.
Gestern fanden im Ruhrgebiet die von A.G.B., S.P.D. und A.P.D. einberufenen Demonstrationen für den Volksentscheid, gegen die monarchistische Staatsverfassung und die einheitlichen Demonstrationen, ausschließlich unter roten Fahnen, waren von massenhaftem Einbruch. In Essen demonstrierten mehr als 25 000 Werktätige, in Gelsenkirchen mehr als 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen und in Bottrop mehr als 4000. Überall sprachen Redner der A.P.D. und der S.P.D.

In Thüringen soll der KZB. verboten werden

Die maßlose Besorgnis der Reaktion gegen den Ruten Frontkämpfer-Bund hat jetzt den ersten Erfolg gezeitigt. Im Thüringertag in Gera erklärte der Innenminister an der Tagesordnung in der Sitzung vom 12. Juni, daß er auf Grund des ihm vorliegenden Materials über die militärisch aufgebaute Organisation des KZB. und die in dessen „Exerzierreglement“ (?) und in Vorträgen enthaltenen „aggressiven Tendenzen“ ein Verbot des Ruten Frontkämpfer-Bundes in Thüringen ausgesprochen habe.

In der Debatte ergriff der Innenminister namens des Reichs und gab als Antwort auf die scharfen Angriffe der kommunistischen Fraktion auf die Regierung bezüglich ihrer Unterstützung der monarchistischen Staatsverfassung die provisorische Erklärung ab, er werde den Ruten Frontkämpfer-Bund verbieten. Damit ist der Reaktion im Reich und Deutschland das Stimmort gegeben worden, um allgemein den KZB. zu verbieten. Die Arbeiterschaft wird, um dieses zu verhindern, sich geschlossen hinter den KZB. stellen müssen, um im nächsten Kampf die Pläne der Reaktion zunichte zu machen.

Marx fürchtet den Volksentscheid

Berlin, 14. Juni.
Der „Montag Morgen“ berichtet: Das Kabinett Marx steht laut Mitteilungen aus Regierungskreisen dem kommenden Sonntag mit Sorge, je lange mit einem gewissen Optimismus entgegen. Während die auf dem rechten Flügel des Kabinetts sitzenden Mitglieder mit etwa 17 Millionen Stimmen für die Entscheidung rechnen, hat sich Marx im vertrauten Kreise dahin geäußert, er werde sich nicht für ein negatives Ergebnis des Volksentscheides zu prophezeien. Die Stimmung im Kabinett ist insbesondere deshalb eine ziemlich düstere, weil der Hindenburg-Vorfall gerade in Zentrumskreisen eine katastrophale Wirkung zu ungunsten der Fürsten gezeitigt habe. Die Waffe der Zentrumsmehrheit im Reich ist nach dem Hindenburg-Vorfall erschaffen, für die Entscheidung zu stimmen. In Paris ist es schon dem Druck der Arbeiterbewegung nicht nur niedere, sondern auch höhere Geistliche für die Entscheidung ausgesprochen.

Zerlegung im Zentrum — Vorstandsterror gegen Volksentscheid

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. Juni.
Die „Welt am Montag“ berichtet, daß der Vorstand des Provinzialverbandes der Wanderverbände Berlin-Brandenburg den Beschluß faßte, Angehörige des Bundes, die sich mit Unterzeichnung der auf sonstige Handlungen für den Volksentscheid eingeleitet haben, aus der Organisation auszuschließen. Gegen den Führer des Berliner Wanderverbands, Lehrer H. H. H., der sich ebenfalls in Rechtsausfluß der Deutschen Zentrumspartei befindet und der den Auftrag der katholischen Jugend mit unterzeichnet hat, soll unverzüglich das Ausschlußverfahren eingeleitet werden. Gegen die Abgeordneten von Pappenberg und W. W. W. vom rechten Zentrumslager, die den Auftrag unterzeichneten, den Fürsten vorzuschreiben haben, soll nichts unternommen werden. Damit sind Auseinandersetzungen von weittragender Bedeutung in die Reihen des Zentrums eingeleitet worden.

Auslandswochenchau

Von Heinz Rosenbergs

Der lahmgelagerte Völkerverbund — Der Vertrag von Angora — Die neue ägyptische Regierung — Der Nientenstempel der englischen Bergarbeiter — Vor der Stabilisierung in Frankreich? — Polens Arbeiter gegen Pilsudski

Der Völkerverbund in Genf hat das Bild einer zitternden Schiffslast. Die Intrigen der großen und kleinen Kapitalistenmächte haben die Situation so verzerrt, daß keine Lösung mehr zu finden ist. Der Streik der großen und kleinen Bergarbeitern um die Ralschitz hat fort. Spanien hat seinen Anspruch unerschrocken aufrecht, während Brasilien mit theoretischer Gelehrtheit erklärt hat, freiwillig zu verzichten. Aber es ist ein Verzicht, der sich so auswirkt, wie ein Austritt aus dem Völkerverbund selbst. Auch Spanien hat sich keine Vorbehalte vorbehalten. Sollte es wirklich darin kommen, daß die großen Mächte dem Beispiel Argentiniens folgen und sich vom Völkerverbund zurückziehen, so geht die Abwärtstendenz unerschrocken weiter. Die Arbeiterschaft kann die Zerlegung und Arbeitslosigkeit des Völkerverbundes nur begrüßen. Denn je schlagfertiger der Völkerverbund wäre, um so größer wäre die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Aber es rückt sich an der Schöpfung von Weltfrieden, das für Rotes ist kein Hindernis. In den Vereinigten Staaten hätten heute die Macht, die widerstrebenden kapitalistischen Einzelinteressen zusammenzufassen. Amerika bleibt aber nach wie vor dem Völkerverbund fern. Die englische Bourgeoisie ist aber nicht fähig, wie die kapitalistischen Gegenseite innerhalb des Völkerverbundes, so jetzt in Genf, die Ralschitz auf andere Weise. Die Dinge stehen, ist die Aussicht des Herrn Streikmann auf seinen künftigen Ralschitz äußerst zweifelhaft. Sollte die Abmilderung des Völkerverbundes zu einer feststehenden Tatsache werden, so würde dies die internationale Politik bedeutend beeinflussen.

Die Völkerverbunddiplomaten könnten sich damit trüsten, daß nun wenigstens eine Entschärfung des türkisch-englischen Streites in Kraft tritt. Durch den Vertrag von Angora, der schon unterzeichnet wurde, nimmt die Türkei die Grenzlinie nördlich von Mosul an, die sonst der Völkerverbund gezogen hat. Aber es war nicht der Völkerverbund, der die internationale Autorität vor dem Völkerverbund die Ralschitz feierte, sondern es waren die englischen Schiffskapitäne, vor denen Kemal Pasha vorübergehend zurückwich. Die Presse-Sovjet-Rufnahmen beziehen mit Recht den Vertrag von Angora als ein Werk-Vorfall der Türkei. Doch der Vertrag einen großen Sieg Englands bedeutet, kann niemandem leugnen. Die englischen Interessen haben sich nunmehr in der Türkei als ein Bereich des Völkerverbundes von Mosul. Darüber hinaus sind die Engländer jederzeit in der Lage, von Mosul aus die rückwärtigen Arabendistrikte gegen die türkische Republik aufzubauen. Auf die Dauer wird die Anwesenheit der Engländer in Mosul für die Türkei umso mehr ein Hindernis sein, je mehr sich die türkische Republik zu behaupten beginnt. Auch die ägyptische Krise hat zunächst eine für England günstige Wendung genommen. Die Nationalpartei der ägyptischen Bourgeoisie, unter Führung Zagul Pasha, denkt gar nicht daran, eine revolutionäre Wendung zu machen. Als die Zagul-Partei bei den ägyptischen Wahlen siegte, wurden zwar von beiden Seiten drohende Worte ausgesprochen, aber es ist schon verständlich, Zagul Pasha und die Engländer fanden sich auf der mittleren Linie: der neue Ministerpräsident, Abul Pasha, ist beiden Seiten genehm. Die einseitigen ägyptischen Spontaneitäten werden fortgesetzt, zusammen mit ihren englischen Oberherren die Kleinbauern und Arbeiter des Landes auszunutzen.

In Genf selbst ist freilich noch keine Lösung gefunden, die den Wünschen der britischen Bourgeoisie entspricht. Mit halbem Herzen Ausbauer sehen die Bergarbeiter ihren Streik fort. Der Schaden für die englische Industrie wird von Woche zu Woche größer. Es zeigt sich, daß die tiefe Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in England mit Abbruch des Generalstreiks noch keine nicht zu Ende ist. Die Arbeiter sind nicht bereit, sich als Lohnabhängige und Transportarbeiter Englands eine Solidaritätsaktion für die Bergarbeiter unternehmen werden. Wie werden sich die Eisenbahner, Hafenarbeiter usw. stellen, falls doch fremde Strafprozeduren in England aufkommen sollte? Werden sich die Mitglieder dieser Verbände nach die Arbeitseinstreiter ihrer Führer hindern lassen, die Solidaritätsaktion zu tun? Was die Amerikaner- und Internationale für die streikenden englischen Arbeiter tut, ist geradezu lässlich. Nicht einmal die Bergarbeiter-Internationale hat sich bisher zu bindenden Beschlüssen aufgestellt, die wirklich die Kolonialfrage von Kontinent nach England verbinden können. Am 1. November ist die amerikanische Arbeiterbewegung in ganz Europa die Bedeutung des englischen Kampfes einsehen. Die englischen Bergleute sind zurzeit die Vorkämpfer des internationalen Proletariats. Werden sie geschlagen, so ist damit automatisch eine internationale Stärkung der kapitalistischen Reaktion gegeben.

Die Regierung Spaniens hat sich ebenfalls für die Zusammenarbeit mit dem Nationalen Blod entschieden. Eine glänzende Genugtuung für Mittel- und Südamerika. Demgemäß spricht man in Paris von der Umbildung der Briand-Regierung zu einer Regierung der nationalen Einigung. Eine solche Regierung hätte die Aufgabe, mit den Methoden des Faschismus die Stabilisierung des Spaniens auf Kosten der Arbeiter und Bauern zu bewerkstelligen. Die französische Arbeiterschaft geht also schweichten Kampfen entgegen. Die Inflation verläuft sich wie in Frankreich so auch in Belgien. Auch in Belgien führt die so radikalisierte Arbeiterschaft. Die allewärtige sozialistische Partei Banderlandes ist ebenfalls von der Krise ergriffen. In Belgien sind die Sozialisten der kürzlich in Brüssel stattfand, spielte eine feste Gruppe, die mit großer Entschlossenheit die Koalitionspolitik der Vandervelde-Clique bekämpfte.

In Polen demonstriert sich Pilsudski immer mehr als der rettende Mann der Junker und Kapitalisten. Für Pilsudski und seine engeren Freunde ist der Maiaufstand nur noch ein kleines Mißverständnis. Aber jetzt hat die herrschende Klasse Polens wenigstens erkannt, was sie ihrem Pilsudski hat. Charakteristisch ist das Wiederauftreten der wildensten kommunistischen Verfolgungen, seitdem die Pilsudski-Gruppe wieder seit im Sattel sitzt. Die Enttäuschung und Erbitterung des Proletariats zeigt sich auch bei den Arbeiterkämpfen der Pilsudski. Eine breite Arbeiter- und Bauernopposition gegen die neue Pilsudski-Regierung ist im Entstehen begriffen. Die Beschlüsse der politischen Parteiverammlung haben die Krise des Landes nicht beseitigt.

Reichsbankpräsident Schacht aus der Demokratischen Partei ausgetreten

Der Dawses-Artikel gegen den Volksentscheid
Das Lager der Fürstenfront hat „Reaktion“ erfahren. Dr. Schacht, rühmlichst bekannt durch seine Verhöhnung des deutschen Volkes an das amerikanische Kapital, hat seinen Austritt aus der Demokratischen Partei erklärt. Dieser Schritt ist erfolgt, weil die Demokraten den Volksentscheid unterstützen, bzw. der Vorstand der D.P. die Abstimmung am 20. Juni freigegeben hat. Demnach hat nicht die Verhöhnung in der D.P. den Austritt zur Stellung ihrer Gegnerschaft zum Volksentscheid zum Ausdruck gebracht.

Die wertigste Bevölkerung, die Befürworter des Volksentscheides, werden die Entmündigung nur begrüßen, trägt sie doch dazu bei, auch das letzte Inflationssopfer für die Fürstenentwertung zu gewinnen.

Der Film „Kein Wennig den Fürsten“ verboten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 12. Juni.
Wie der „Bormärz“ mitteilt, ist der Film „Kein Wennig den Fürsten“ von der Berliner Zensurprüfungsstelle verboten worden. Es wurde beantragt, daß in einem Zwischentitel angegeben wird, daß Wilhelm täglich 1670 Mark Rente bezieht! Dieser Titel sei

irreführend, weil Wilhelm von Hohenzollern die ganze Familie erhalten müsse. (1)
Wenn auch Beschwerde bei der Überprüfungsstelle eingeleitet ist, wird es doch noch ein paar Tage dauern, bis der Film freigegeben werden kann.

Sozialdemokraten, die keine Sozialisten sind

In einer Volksversammlung in Köln für den Volksentscheid kam der sozialdemokratische Abgeordnete Schacht zu Wort. Er sprach über den Fall der Jutta von Wiedenburg zu sprechen. Darauf erhielt aus der Versammlung der Zuschauer: Paul Boncour. Darauf erwiderte Schacht:

„Kurz vor dem Volksentscheid soll der Rechtsvertreter dieser Mediens. bezügl. der französische Sozialist Paul Boncour sein. Ich habe darauf nur eines zu sagen: wenn das mehr ist, hat der Mann für mich aufgehört, ein Sozialist zu sein.“

Schon gesprochen. Aber wie steht es dann mit dem SPD.-Rechtsanwalt Dr. L. G. G. H. H. H., der sich ebenso wie Boncour als Sozialist bezeichnet hat und ist es damit getan, daß Schacht persönlich seinen Gefassen Boncour nicht mehr als Sozialisten ansieht, wenn dieser Mann weiter in Genf zugleich der französischen Generalität und die sozialistische Arbeiter-Internationale vertreten kann? Wenn die Arbeiter-Internationale sozialistisch ist, dann müßte sie die Völkerverbündigen hinansperren. Aber der Fall Boncour ist kein Einzelfall. Wie befindet sich mit Vandervelde, Macdonald, Thomas, Klose, Bauer usw. unter Gen. Einigungsgesellschaften. Wenn man da anfangen wollte, die Völkerverbündigen auszuschließen, würde von den „bewährten“ Führern keiner übrigbleiben.

Hindenburgs „Moral“

Er sorgt für die Fürsten und läßt die Werktätigen verkommen

Schwerte, 10. Juni.
Die Stadverwaltung hat im sogenannten Gänsewinkel zehn Eisenbahnwaggons als Wohnwohnungen zur Verfügung gestellt. Sie wurden jedoch vollständig von Familien bezogen, die für die für die Stadt bis jetzt niedrigste Wohnung die Miete nicht bezahlen konnten. Polizeibeamte hielten bei den umfangreichen Anzeigen — es kamen zehn Familien in Frage — die „Ordnung“ aufrecht. Die Anzeigen boten — wie selbst bürgerliche Zeitungen berichten — eine gewisse Moral des Landes und der großen Not, hervorgerufen durch die Kriegseinrichtungen und Inflation. Manche Worte der Erbitterung flossen, daß die Familien jetzt die Wohnung in einem massiven Haus mit einer primitiven „Wohnung“ in einem Eisenbahnwaggon, wo zweifellos Feuchtigkeit und Räte herrschen werden, veranlassen müssen — Hindenburg aber, dem der Krieg keine andere Hilfe bekannt ist, als diesen jetzt Familien, und nennt es einen Verstoß gegen die Grundgesetze der Moral und des Rechts“, wenn mehr als hundert weitaufgegebene, die jetzt dem Luxus von einem Zehntel Müßiggängern dienen, den Opfern des Krieges als Heim zugewiesen werden sollen.

Karl Eduard finanziert faschistische Bürgerkriegsverbände

Der ehemalige Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha, ein englischer Prinz von Geburt, ist besonders bekannt durch seine unerschöpflichen Forschungen an den Spüringen Eisen. Er hat seinen gegenwärtigen Wohnsitz im Schloß Galleberg bei Koburg auf holländischem Boden und ist ein enger Freund des Kapitänsleutnants Ehrhardt, der bekanntlich der Führer der weißen Reorganisationsarmee ist und heute als Führer des Wiking-Bundes im Lande umherstreift. Eine Einigung aller monarchistischen und faschistischen Verbände zur gemeinsamen Vorbereitung des Staatsstreiches ist zu bringen.

Die „Völkische Zeitung“ berichtet nun, daß dieser Herzog Karl Eduard der Chef eines kaiserlichen Regiments des Wiking-Bundes ist und als solcher offiziell die Regimentskasse verwaltet. Selbst nach dem Eingetandnis der Berliner Bundesleitung des Wiking ist der Wiking-Bund in Thüringen militärisch organisiert. Karl Eduard ist auf seinem Schloß ständig von einem Stab ehemaliger Ehrhardt-Offiziere umgeben, die jetzt als Führer des Wiking-Bundes in der Provinz a. D. Schmidt und ein Rentner a. D. Künig bereiten im Auftrag Karl Eduards die einzelnen Gebietsleitungen in Thüringen.

Die „Völkische Zeitung“ berichtet, daß dieses Wiking-Regiment des Herzogs aus Gemehre besteht. Auf einem Vorbeigehen in Göttingen in Coburg werden die Wiking in Gemehregezeiten ausgehoben. Als Ehrhardt aus dem Leipziger Reichsgericht flüchtete, wurde er vom Herzog auf seinem Schloß verborgen gehalten. Die deutschen Verhältnisse sehen also, daß sie — wären sie dumm genug dazu — mit den Kriemhildern an die Fürsten die Bürgerkriegsverbände zum Kampfe gegen die wertigste Bevölkerung liefern können. Darum sollten die Fürsten und den monarchistischen Putschisten!

Mit dem Revolver für die Fürsten

Hamborn, 11. Juni.
Hier wurden gestern Stadthelmer von einer Gruppe Arbeitern überfallen, als sie damit beschäftigt waren, Plakate zum Volksentscheid herauszugeben. Als die Arbeiter sie aufzudeckten, zog manuelles Treiben einsetzten, sogar die Revolver gezogen. Erst durch das Eingreifen mehrerer hinzustreiter Arbeiter gelang es, die Revolververbrechen in die Nacht zu schießen.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Wieder ein Lebertritt zur SPD. In Dorsheimersdorf bei Chemnitz trat der Zimmerer Franz Schmidt nach 36jähriger Zugehörigkeit zur SPD, bzw. U.S.P. zur SPD über. In Gaden sind in der letzten Zeit eine ganze Reihe solcher Lebertritte erfolgt. Das geschieht aber doch es ist nicht nur um alte Kämpfer in der Arbeiterbewegung handelt.

Vor neuen Studentenwahlen in Hannover. Heute wird Professor Festing in der technischen Hochschule zu Hannover wieder versuchen, seine Vorlesung zu halten. Es werden erneut Studentenwahlen erwartet. Selbst der linksdemokratischen „Montag Morgen“ berichtet es eigenartig, daß der gegen die Arbeiterschaft so „aktive“ Klose in der Angelegenheit Festing vollkommen verlagert und nicht daran denkt, den Studentenpöbel mit der Gruppe zur Ration zu bringen.

Lubendorf in Düsseldorf. Am Sonnabend und Sonntag fand hier der Regimentsstab der ehemaligen 38er Kavallerie unter Anwesenheit des Chefs des Regiments Lubendorf statt. Im Festzug der 38er sah man viel Rotes in der Uniform der Offiziere. Die Bevölkerung nahm sehr wenig Anteil und die Spaziers waren sehr dünn.

Morgen Beginn des Prozesses gegen die Bernauerlitzer Winger. Vor dem erweiterten Schöffengericht in Trier beginnt morgen der Bernauerlitzer Wingerprozess. Die Staatsanwaltschaft hat 29 Personen unter Anklage gestellt, die den Winger in der Zeit von 1918 bis heute unterhalten find. Die Verhandlung wird voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen. Der Prozeß ist das gerichtliche Nachspiel der Wingerexzesse zu Beginn des Jahres.

1760 Verhandlungen, 632 Verurteilungen. Auf eine Anfrage im englischen Unterhause teilte der Staatssekretär des Innern Jagman mit, daß während des Ausschusses im Jahre 1760 Gerichtsverhandlungen durchgeführt und 632 Angeklagte zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. In vielen Fällen ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen. Begnadigung oder Aufhebung des Urteils komme, so erklärte der Staatssekretär, nur in ganz wenigen Fällen in Frage. Gemessene Taten, Redakteur der kommunistischen „Wochenblätter“ wurde vom Schöffengericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er Berichte über Gehörungsverweigerung von Soldaten während des Ausschusses veröffentlicht hatte.

Berichtungen der KPD

Unterstützt Halle-Saalekreis, Drahtseilwerk 5237

Genoss. Mitglieder-Versammlung Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". Die Genossen haben teilnehmend an der Versammlung teilgenommen. **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". Thema: Die KPD in Halle. Referent: Gen. K. H. ... **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". Thema: Die KPD in Zeitz. Referent: Gen. K. H. ...

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

KPD

Genossen, besucht unsere Versammlungen!

Beitrag Halle-Merseburg Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Berghäuserstr. 14. Fernruf 1473. Die Genossen können sich bei unseren Versammlungen Nr. 68 885 beteiligen, indem diese jetzt dem Genossen ... **Unterstützt Halle-Saalekreis** **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel".

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

Unterstützt Halle-Saalekreis **Genoss. Mitglieder-Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal "Wendel". **Halle, Große öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler". **Zeitz, Öffentliche Versammlung** Montag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im "Koffler".

Volkspark

Morgen, Dienstag, abds. 7, 8 Uhr
6. Sommer-Konzert
2. Sinfonie-Konzert
Eintritt 0,50 Erwerbslose 0,30

Solbad Wittekind

Mittwoch u. Mittwoch, den 15. u. 16. Juni
Früh-Konzert
Nachm.-Konzert
Abend-Konzert
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Benno Platz

Walhalla

8 Uhr Tel. 5885
Ganz Halle lacht
in
Familie Knorke
mit
Rudolf Mälzer
und
Anna-Müller-Einde
— Tagessäfte ab 11 Uhr —

Bubikopf

tablettlos geschnitten und gepflastert
mit
Paul Kummer
28 Alter Markt 28
Gegenüber der „Goldenen Kette“

Kölschitzer Schwarzbier

Während der Arbeitspausen
nach schwerer körperlicher oder geistiger Arbeit sollte man seine verdorrten Sinne durch das vollnährigste, nahrhafte Kölschitzer Schwarzbier erfrischen. Es ist eine willkommene Abwechslung, die aufgenommenen Speisen leichter verdauen hilft und dem Körper neue Energien zuführt und so Schweißarbeit und Arbeitsfreude bringt. Das echte Kölschitzer Schwarzbier ist erhältlich in allen Flaschenbierhandlungen und den durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Während der Arbeitspausen

nach schwerer körperlicher oder geistiger Arbeit sollte man seine verdorrten Sinne durch das vollnährigste, nahrhafte Kölschitzer Schwarzbier erfrischen. Es ist eine willkommene Abwechslung, die aufgenommenen Speisen leichter verdauen hilft und dem Körper neue Energien zuführt und so Schweißarbeit und Arbeitsfreude bringt. Das echte Kölschitzer Schwarzbier ist erhältlich in allen Flaschenbierhandlungen und den durch Plakate kenntlichen Geschäften.

BORUSSIA-FAHRER OPEL-FABRIKAT

Nur 3 Mr. wochentl. Verführung
3weigniedrige:
Martinfr. d. Halle a. d. S. Tel. 8629
Vertreter: W. Jablonki

Nervenarzt Dr. Rühle

übt von heute an seine Sprechstundenpraxis (wochenlang, außer Sonnabend nachmittag, von 11—1 und 4—6 Uhr)

Gr. Steinstraße 43

aus 110

Wir vergüten für Spareinlagen

4 1/2 % bei täglicher Verfügung
5 % gegen einmonatliche Kündigung
7 % gegen dreimonatliche Kündigung
Kreispartasse Bitterfeld
Lindenstraße 7b, Zweigstellen in Düden a. M., Gräfenhainchen, Roitzsch und Zörbig

Zum Volksentscheid Den Knüppel zur Hand!

Sieben erschienen:
Der Knüppel Nr. 6
Das radikale politische Wählerblatt in der neuen Aufmachung
16seitig, 5 farbig, Preis 25 Pf.

Veröffentlichung internationaler Verlags-Anstalten
Berlin SW6, Planufer 17
Verteilerjahresabonnement (3 Nummern) 60 Pfennig. Nur durch die Postanstalten ab 15. Juni

Bekanntmachung

Betrifft: Ausstellung von Stimmzettelchen zur Wahlprüfung über die Eintragung der Bürgervereine in die Bürgerverzeichnisse

Bekanntmachung

Klein- und Sozialrenten, Kriegsbeschädigte und Kriegsinvalidenrenten

Bekanntmachung

Betr. Hausmannsstelle im Verwaltungsbüro

Bekanntmachung

Betr. Hausmannsstelle im Verwaltungsbüro

Gewerkschaftsbewegung

Schafft die proletarische Einheitsfront trotz der Sabotage der Reformisten

Ortsanfaßh Eisenburg des DGB.

In der letzten Kartelltagung nahm der Genosse Michaelis Gelegenheit, den DGB-Delegierten den Vorschlag zur Bildung eines Einheitsrates, nach Durchführung des Volksentscheides, zu machen. Die DGB-Delegierten lehnten diesen Vorschlag aus „grundrationalen“ Erwägungen heraus ab. Sie erklärten, überhaupt nicht die Kommunisten in keiner Form zusammenzubringen zu wollen. Der Genosse Michaelis wies das weitere in der Sitzung klar Stellung gegen die Sabotage der Gewerkschaftszeitung, dem Organ des DGB. Die reformistischen Führer des DGB, wegen es in dieser Zeitung wieder einmal, eine infame Seite gegen Sozialismus zu enthalten. Eine vom Genossen Michaelis eingebrachte Resolution, welche diese Seite weise des DGB aufzuheben, wurde nicht angenommen. Dieses Ergebnis der Abstimmung paßt dem Kartelltagungsführer Fischer natürlich nicht, und ließ er kurzerhand nochmals abstimmen. Seine Schläfen erkannten gleich den Zweck der Hebung und prompt fielen sie um. Die Resolution wurde in weiterer Abstimmung angenommen. Diese Dinge bildeten den wahren Inhalt der letzten Kartelltagung. Die „Leipziger Volkszeitung“ brachte nun kurz darauf einen Bericht über die Sitzung, der zur Hauptthese den Zweck hatte, die Argumente des Genossen Michaelis herabzusetzen. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat mit ihr die Reformisten irritiert, wenn sie glauben, daß wir uns durch solches Gemisch in Erfüllung unserer Aufgaben als Klassenkämpfer betreten lassen. Wir Kommunisten werden nach wie vor die „Einheitsfront“ ablehnen, wie die „L. V.“ schon sagt. Wir wissen, daß auch die Arbeiter in Eisenburg und in den Betrieben die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens mehr und mehr erkennen werden. Natürlich werden wir keinen Erfolg haben mit der Propagierung der Notwendigkeit der Einheitsfront, wenn wir uns nur an die reformistischen Gewerkschaftsführer wenden. Die Arbeiterschaft wird bald begreifen, daß wir Kommunisten den rechten Willen haben, die geschlossene Front aller Werktätigen herzustellen. Es wird auch in Eisenburg der Tag kommen, an dem die DGB-Arbeiter die veräußerliche Rolle ihrer Führer, die im Stadtparlament mit den Deputierten des DGB tagen (siehe die Wahlen am 1. Juni), erkennen, diese Führer beteiligen und den gemeinsamen Kampf für ihre Befreiung aufnehmen.

Die holländischen Eisenbahner

nahmen in ihrer Versammlung vom 11. Juni folgende Entschlüsse an:

„Die am 11. Juni 1926 tagende Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Halle a. S. des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands tritt geschlossen für den Volksentscheid ein und gelobt, alle Kräfte zur freigelegten Durchführung desselben einzusetzen.“

Gautag des DdL Mitteldeutschland

Am 5. und 6. Juni tagte in Dessau der 6. ordentliche Gautag des DdL Gau Mitteldeutschland, der von 45 Delegierten aus 38 Ortsgruppen besetzt war. Kollege Kähler, Halle, erläuterte ausführlichen Bericht mit interessanten statistischen Material. Er zeigte, wie die Umstellung der Betriebe gerade auch auf die Angehörigen in unheimlicher Weise zurückgewirkt hat. Verschlechterung der Lebenshaltung und Arbeitslosigkeit greifen in erschreckendem Maße um sich. Er bemerkte ausdrücklich, daß durch diese Verschlechterungen in der Lage der Angehörigen die Krise keineswegs behebbar werden könnte.

Soweit in der Berichtsperiode neue Tarife abgelehnt sind, konnten die alten Bedingungen gehalten werden, doch sind verschärfende Urlaubsvorschläge zu ergreifen. In hingenommen worden. Man mußte zu gewaltigen organisatorischen Kämpfen kommen. Die Praxis habe erwiesen, daß heftige Kämpfe nicht mehr Erfolg brachten als direkte. Die nächste Aufgabe der Mitglieder ist, an einer Belebung der Organisation mitzuwirken und auf die Jugendbewegung, die gut voranschreitet, überall Gewicht zu legen. Man muß sich mit interessanten statistischen Material und eine solche Mitwirkung der Mitglieder erreichen, daß die Sonntagstruppe erhalten bleibt. Sodann ging er auf den Volksentscheid ein und forderte aus, mitzugehen, um ihn freigelegt durchzuführen.

Ein Kollege vom Landesratsamt Magdeburg gab einen Überblick über den Stand der Sonntagstruppe. In Städten über 10 000 Einwohner ist sie noch allgemein durchgeführt, auf dem Lande dagegen herrschen geradezu empörende Zustände. Es ist auch ein weiterer Rückgang in der Beschäftigung zu verzeichnen, die Angehörigen werden deshalb in der nächsten Zeit auf die Beschäftigungsaussicht, zur Belebung des Verbandes beizutragen und neue Mitglieder zu werben.

Sodann werden die Gausleitung und Stadgruppenleiter gewählt. Am zweiten Tage referierte Kollege Umann, Berlin, über „Gewerkschaft und Volkswirtschaft“ und Dietrich, Berlin, über „Zentralverband und Jugend“.

Die gefassten Beschlüsse sind wieder einmal sehr schön, doch steht nach wie vor die Praxis der DdL-Burekratie dazu im schroffen Widerspruch. Wenn man weiterhin einen großen Teil der Angehörigen, sämtliche Kommunisten oder mit den Kommunisten sympathisierenden, überhaupt nicht aufnimmt; wenn man sie, wie das in Halle der Fall ist, in einer Stadgruppe abspaltet von sämtlichen anderen Gruppen, wenn man nicht Sturm läuft gegen die Beschlüsse des letzten Verbandstages, so ist trotz der schönen Worte die ganze Gauorganisation verpufft. Hier liegt es an den Mitgliedern, daß sie selber Stellung nehmen und mit aller Kraft vorziehen, um aus dem DdL, so wie es der Gautag in Worten gesagt hat, in der Tat eine aktive Organisation zu machen.

Die Verharmelung beschlossen

Auf dem in Göttingen am 15. Verbandstag des Zentralverbandes der Glasarbeiter Deutschlands wurde mit 85 gegen 17 Stimmen beschlossen, sich mit dem Borgellanarbeiterverband zu einem Kammerrat der Fabrikarbeiterverbände Deutschlands zu vereinigen.

Die Unternehmer im Bekleidungs-gewerbe diffieren

Die Unternehmer im Bekleidungs-gewerbe nutzen die Krise aus, um ihren Profit zu erhöhen. Im „Bekleidungsarbeiter“ Nr. 23 wird das Diffiat der Unternehmer in der Herren- und Damenkonfektion veröffentlicht. Die Unternehmer legen der Arbeiterklasse nunmehr zur Unterbrechung vor, mit denen eine Reduzierung der Arbeitsstunden verbunden ist. Lehnen die Arbeiter die Unterbrechung ab, so gelten sie als einlässig. Am diesen Druck noch zu verhärteten, sorgen die Unternehmer dafür, daß derjenige, der den vorgelegten Redens nicht unterzeichnet und entlassen wird, die Erwerbslosenunterstützung nicht erhält. Diese Maßnahme ist ein unerhörtes Verbrechen.

Fort mit dem Giechener Beschluß

Zur 25. Generalversammlung des Bergarbeiter-Verbandes

Im Januar d. J. hatte der Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes aus der Zahlstelle Giechener sechs Kameraden ausgeschlossen. Der Ausschluß wurde durch die „Bergarbeiterzeitung“ vom 6. Februar bekanntgegeben und daher bekannt, daß er erfolgt ist auf Grund des § 8 des Verbandsstatuts und der Beschlüsse der Giechener Generalversammlung vom Jahre 1921. Jüngere Begründung des Ausschlusses zu geben, oder ein Ausschlußverfahren einzuleiten, wie das im Verbandsstatut vorgehoben ist und bei allen Organisations- und Geschäftsstellen bedeutet, hielt der Verbands-vorstand nicht für nötig. Erst auf eine Anfrage bei dem Bezirksleiter erhielten die Kameraden den Befehl, daß sie ausgeschlossen worden seien, weil sie bei der Wahl der Disziplinierung Giechener Kameraden für die Disziplinierung vorgeschlagen hätten, die nach nicht wählbar seien, und bei dem Eintritte des Verbands-vortrages an ihrem Erscheinen festgehalten hätten.

Die ausgeschlossenen Kameraden wandten sich mit einem Schreiben an den Verbandsvorstand und an den Konzeptionsausschuß, um ihre Wiederannahme in den Verband zu erreichen. Darauf erhielten sie nachfolgendes Schreiben:

„Werte Kameraden!

Euer Antrag auf Wiederannahme geht von falschen Voraussetzungen aus. Ist der Ausschluß vom Vorstand einmal ausgesprochen, so ist die Wiederannahme nur im Rahmen des § 8 unseres Statuts möglich.

Somit ist die Begründung in Euerem Schreiben als auch die Darstellung im „Ruh-Expo“ vom 5. Februar 1926 nicht auf falschen Tatsachen aufgebaut. Im beiden Fällen wurde angegeben, daß der Ausschluß auf Grund des Giechener Beschlusses erfolgt ist, was nicht richtig ist, denn der Ausschluß erfolgte in Dresden im Jahre 1924 eine weitere Befristung erhalten hat. Diese Ausschlußursache ist der Ausschluß-Bekanntmachung in der „Bergarbeiterzeitung“ beigefügt. Wenn der § 8 des Statuts dabei genannt wird, so soll lediglich die damit verbundene Schädigung des Verbandes ausgedrückt werden. Richtig ist, daß ein aus dem Giechener Beschluß herabgehender Ausschluß durch den Beschluß selbst und nicht durch das Statut geregelt wird.

Weber die Wählbarkeit in den Disziplinierungsausschüssen kommt keine Zweifel bestehen. Wenigstens konnte ein solcher Zweifel nicht aus den von unterzeichneten Vorstand aufgestellten Richtlinien gezogen werden. Ein Vorbehalt für den Vorstand über die Wählbarkeit dieser Richtlinien in der „Bergarbeiterzeitung“ vom 12. Dezember nochmals kommentiert. Die Ausrede, daß aus den Ausführungen des Kameraden Pilsch der in der betreffenden Versammlung gemacht worden hätte, der Ausschluß drohe nur denen, die fakturaufwändige Vorklagen zur Wahl machen, ist nicht richtig zu nehmen. Wahrscheinlich sind solche Auslegungen unseres Statuts innerhalb unserer Organisation nicht üblich. Bei gutem Willen konnten innerhalb der Zahlstelle weder bei den Wahlen noch bei den zu Wählenden keine Zweifel mehr bestehen, nachdem auch noch folgendes vorzugesagen ist:

Schon bei der Wahl im November wurde vom Kameraden Pilsch ausdrücklich und mehrfach die Wählbarkeit des Ausschusses für die Wahl festgestellt und keine Schädigung durch den Vorstand finden könne. Die Wählungen wurden in nicht gerade lamerabhängig zu nennender Weise in den Wind geschlagen.

2. Dieser Wahl wurde leistungsgemäß vom Vorstand die Befristung verweigert und Kammerrat genehmigt.

3. Bei der nächsten Wahl im Dezember hat der Kamerad Pilsch er nochmals alle Gründe erneuert und gebeten, von einer Schenkungsverletzung abzugehen, weil dann der Ausschluß erfolgen würde. Auch diese Wählungen wurden nicht genehmigt. An Hinweisen hat es also durchaus nicht gefehlt. Eine Entschuldigung mit Unwissenheit kann man also nicht gelten lassen. Auch dieser wiederholten Verneinung des Statuts blieb nur noch der Ausschluß übrig.

Nebenbei muß erwähnt werden, daß die Maßnahme von Euch sich auf die Richtlinien überhaupt nicht beziehen kann, weil Ihr bereits vor Ablauf derselben in den Verband eingetreten seid. Die Gründe des Ausschlusses müßten Euch losgerissen, wie aus dem Bericht der Zahlstelle hervorgeht, schon vor dem Ausschluß bekannt sein. Weil Ihr meint, einen Widerungsgrund deshalb beantragen zu können, weil Ihr später Euren Rücktritt erklärt habt, so muß gesagt werden, daß dieser Rücktritt überflüssig war, weil Ihr Euch gar nicht als gewählt zu betrachten hättet. Im Herbst 1925 hat der Vorstand bereits in seiner Sitzung am 19. Januar den Ausschluß beschlossen. Euer vermittelndes Mit-

tritt wurde dagegen erst am 21. Januar an den Kameraden Wölar abgelehnt.

Richtig ist, daß im Verbandsstatut Ausnahmen hinsichtlich der ausschließlichen Zuständigkeit vorgehoben sind. Diese sind aber nur für den Fall gedacht, daß keine Mitglieder in der Zahlstelle vorhanden sind, welche diese Bedingungen erfüllen, so z. B. bei Neugründung von Zahlstellen und dergleichen. Das trifft in der Zahlstelle Giechener VI nicht zu. Nachdem aber der Verbandsvorstand von dem bekannten Zustande der Zahlstelle Kenntnis erhalten hat, war es seine Pflicht, der Einhaltung der statutarischen Bestimmungen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Diese Notwendigkeit wurde dringender, nachdem das „Ruh-Expo“ wiederholt zur Disziplinierbarkeit und Verweigerung des Statuts aufzufordern war. Der Ausschluß erfolgte am 10. Dezember 1925 und am 17. Dezember 1925 des „Ruh-Expos“. Der Ausschluß lag also im Interesse unseres Verbandes.

Mit Gläubigkeit!

Stempel, Unterschrift.

Wir haben das Schreiben des Verbandsverbandes ganz abgedruckt, damit die Bergarbeiter-Kameraden erfahren können, mit welcher ungläublichen Mitteln der Vorstand seine Handlungsweise verteidigt.

Es wird in dem Schreiben gesagt, daß der Ausschluß auf Grund des Giechener Beschlusses erfolgt ist. Der entscheidende Wille dieses Beschlusses heißt aber richtig:

„Die Generalversammlung erklärt, daß der Ausschluß von Mitgliedern berechtigt ist, wenn sie sich an Verordnungen beteiligen, welche die Abtrennung unseres Verbandes vom Allgemeinen Kammerrat der Bergarbeiterverbände und der Unterbrechung internationaler Beziehungen; 2. bei bergmännischen oder allgemeinen sozialpolitischen Wahlen mit ihrer Zustimmung als Kandidat für separate Wahlstellen — das sind solche, die nicht vom Bergarbeiterverband anerkannt — aufgestellt sind, oder für sie agieren, wodurch die einheitliche Aktion unseres Verbandes durchkreuzt wird.“

Die ausgeschlossenen hätten sich demnach an Verordnungen beteiligen müssen, die den Verband vom DGB losreißen wollten oder bei bergmännischen oder sozialpolitischen Wahlen irgendwelche Sonderaktionen machen müßten. Als Verordnungen zur Loslösung des Verbandes vom DGB werden aber auch Fraktionsbildungen der Kommunisten angesehen. Wenn sich nun einer von den ausgeschlossenen an irgendeiner Wahl an der Fraktionsbildung beteiligt hätte, so hätte der Vorstand den Giechener Beschluß anzuwenden und den betreffenden ausschließen. Kein einziger der Ausschlossenen hat sich aber an irgendeiner Fraktionsbildung beteiligt und sozialpolitische oder bergmännische Wahlen haben in der Zeit nicht stattgefunden. Der Vorstand hat sich also nicht an den Giechener Beschluß gehalten. Wenn der Vorstand sich auf irgendeine Angabe beruft, daß die betreffenden doch an einer Fraktionsbildung teilgenommen haben, so kann das nur eine demütig falsche Angabe sein. Für diese, würde der betreffende sie vor einem bürgerlichen Gericht machen, er ganz bestimmt wegen Falschheit ins Justizhaus kommen würde.

Nach Lage der Dinge wird der Giechener Beschluß nur zum Form und genommen, um das Statut zu umgehen, dessen § 8 bis 7 ausdrücklich vorsehen, daß, wenn gegen ein Verbandsmitglied ein Geschäftsunterschied geltend ist, zuerst ein Ausschlußverfahren einzuleiten werden muß. Dem Mitglied muß Gelegenheit gegeben werden, vor dem Ausschluß sich zu verteidigen.

In dem Schreiben des Verbandsverbandes wird nun aber auch gesagt, daß der Ausschluß auf Grund des § 6 erfolgt sei, wegen Schädigung des Verbandes. Wenn dies der Fall wäre, so hätte der Vorstand bei der nächsten Wahl in der Zahlstelle die Zahlstellen-Versammlung eine Schädigung des Verbandes feststellen würde, dann muß das durch ein ordentliches Ausschlußverfahren nach § 7 des Statuts festgelegt werden. Das ist in dem Fall der Giechener Kameraden nicht geschehen. Sie sind ausgeschlossen worden ohne daß es zu werden.

Auf der Generalversammlung in Saarbrücken werden die Verbandsdelegierten sich so damit zu befassen haben. An Hand dieses Falles können sie sehen, wie notwendig es ist, daß der Giechener Beschluß aufgehoben wird. Es geht unter keinen Umständen, daß dem Vorstand oder den Angehörigen, wie aus dem Schreiben hervorgeht, die Möglichkeit besteht, sich einmal auf dem Statut, und wenn dieses ihnen nicht paßt, auf den Giechener Beschluß zu stützen und dadurch jedem Kameraden die Möglichkeit der Verteidigung gegen unwahre Behauptungen zu nehmen.

Gegen eine solche Entziehung der Verbandsmitgliedschaft, die mit der Zerstückelung des Verbandes enden muß, muß die Generalversammlung ganz entschieden Front machen.

der Unternehmer des Bekleidungs-gewerbes. Welche Gewinne in der Bekleidungsindustrie erzielt werden, zeigt nachfolgendes Beispiel, das uns ein Bekleidungsarbeiter zur Verfügung gestellt hat. Ein Stück, das im Verkauf 350 Mark kostet, wird wie folgt berechnet:

3 Meter Stoff à 12 Mark	36,-
2 1/2 Meter Futter à 10 Mark	25,-
Arbeitslohn mit Zulage	75,-
Sonstiges	10,-
25 Prozent Untofen	87,50
Summa:	173,25

Der Verkaufspreis beträgt 350 Mark, der Selbstkostenpreis ist 173,25 Mark. Bleibt also ein glatter Verdienst für den Unternehmer von 176,75 Mark.

Die vorstehende Kalkulation ist aus der Damenbranche. Auch hier haben die Unternehmer einen Lohnabzug von 10 Prozent diffiziert und den Aufwand ab 6 Tage beschränkt. Die Gewinne, die im Bekleidungs-gewerbe gemacht werden, sind so enorm und müssen dem dienen, die Arbeiterschaft im Bekleidungs-gewerbe aus ihrer Notwendigkeit zu erlösen.

Ein weiteres Beispiel, das aus der Herrenkonfektion den Nachweis erbringt, was die Unternehmer verdienen, wollen wir ebenfalls noch anführen. Es ist dies ein Anzug, welcher nicht so teuer zum Verkauf kommt:

2,80 Meter Stoff à 6 Mark	16,80
Zutaten	10,-
Arbeitslohn	15,-
Untofen	10,-
Summa:	51,80

Dieser Anzug wird verkauft mit 80 Mark. Bleibt also für den Unternehmer an jedem Anzug ein Verdienst von circa 30 Mark. Man muß sich fragen, wo die Unternehmer noch den Mut hernehmen, die Lohnrückungen mit so geringem Verdienst zu begründen.

Angehörige der Lohnlosen, daß in der Herren- und Damenkonfektion seit dem 1. Februar dieses Jahres ein tariflosiger Zustand betreffend die Beschäftigungsbedingungen und die Stückarbeiten besteht, muß mit aller Entschiedenheit die Frage aufgeworfen werden, was die Gewerkschaften in dieser Zeit für ihre Mitglieder getan haben. Man braucht sich nicht zu wundern, daß die Unternehmer, gestützt durch das Verhalten des Bekleidungs-gewerkschaftsverbandes, jetzt diffieren, ja, sie rechnen

es sogar ab, vor einem Schiedsgericht zur Klärung dieser Angelegenheit zu erscheinen. Was unternehmen nun die Zentralleitung des Bekleidungs-gewerkschaftsverbandes? Nach dem Verbandsorgan hat sie das Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung anzureufen, um durch einen Schiedspruch des Ministeriums Verhandlungen herbeizuführen. Die Arbeiterschaft kennt zur Genüge die „legensweise Wirkung“ der Schlichtungsinstanzen und macht sich aus Erfahrung heraus keine Hoffnungen auf irgendwelche Schiedsprüche. Der „Bekleidungsarbeiter“ fordert mit Recht zur Verweigerung der Unterschiebung auf und schreibt dann:

„Die Konfektionsarbeiterschaft darf aber nicht ihr Heil von der Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums erwarten. Die einzige Lehre, die aus der ganzen Einstellung der Konfektionäre zu der Tarifpolitik zu ziehen ist, ist die solche organisierte Zusammenfassung aller Konfektionsarbeiter und arbeitenden in Deutschen Bekleidungs-gewerkschaften.“

Wir unterstreichen diese Zeilen. Insbesondere die reifliche Zusammenfassung aller Konfektionsarbeiter und -arbeiterinnen, aber begnügen uns nicht damit. Die Antwort auf das brutale Vorgehen der Unternehmer muß jetzt die Einleitung einer Gegenoffensive sein. Die Bekleidungsarbeiter müssen davon überzeugt werden, daß wenn dieser Angriff der Unternehmer nicht abgelehnt wird, weitere Abfälle in aller Kürze erfolgen werden. In allen Betriebsversammlungen ist zu den Maßnahmen der Unternehmer sofort Stellung zu nehmen und die Solidarität nicht nur als Abhilfe zu behandeln, sondern dafür zu sorgen, daß sie angestrebt der Lage zu entsprechen. Die Bekleidungsarbeiter müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen einmündig werden, muß auf die Arbeiter und Arbeiterinnen einmündig werden, um die Unterführer zurückzunehmen. Eine rege Propaganda der Bekleidungsarbeiter muß einleiten, ganz besonders unter den Heimarbeitern, bei welchen man Abzüge bis zu 27 Prozent angenommen hat. Außerdem ist es Pflicht der Mitglieder des Bekleidungs-gewerkschaftsverbandes, das sie die Gewerkschaftsbürokratie zwingen, die Kräfte, die aus dem Verbands ausgeschlossen wurden, sofort wieder aufzunehmen. Die Situation verlangt gebieterisch die Schaffung einer geschlossenen Aktion der Arbeiter und Arbeiterinnen im Bekleidungs-gewerbe. Der Plan des Unternehmers ist überdeutlich, daß er die Arbeiter in die Hände der Arbeiter geschloffen diese Kette ab, wird die Offenheit der Unternehmer an diesem Überstand festhalten.

Wegen Platzmangel kann die Fortsetzung der Artikelserie „Arbeitsgerichte“ erst am Mittwoch erscheinen.

Halle und Saalkreis

Wo bekomme ich einen Stimmzettel?

Wer am 20. Juni nicht in Halle ist, muß sich einen Stimmzettel besorgen, damit er an dem anderen Ort zum Volksempfang gehen kann. Die Stimmzettel sind täglich von 7 bis 1 und 3 bis 6 Uhr bis Freitag — Mittwoch nur von 7 bis 1 Uhr — auf dem Wahlbureau, Martinstraße, Charlottenstraße, erhältlich.

Der Rote Landsonntag im Bezirk Halle-Merseburg

Der gestrige rote Landsonntag war ein voller Erfolg für die proletarische Sache, für den Volksempfang. Störungen sind bisher nicht gemeldet worden. Überall sind unsere Genossen und die roten Frontkämpfer mit Begeisterung empfangen worden. Das mitgebrachte Material fand reißenden Absatz. Die letzten Dörfer und Wälder wurden aufgesucht und aufgefährt. In Gärten gegen sie getreten, per Auto, auf Fahrträdern und auch auf Schultern Rampen. Was kümmerte sie der Regen, der ab und zu einlegte! Mit frohem Mut und hoher Arbeitsfreudigkeit gingen von Ort zu Ort, von Hütte zu Hütte. Am frühen Morgen waren unsere Kämpfer ausgezogen, am späten Abend kehrten sie heim mit dem fröhlichen Sammelstein, erfolgreicher Arbeit geleitet zu haben. Am 20. Juni und auch in der nachfolgenden Zeit wird es sich zeigen, daß die roten Landsonntage die rote Front ein gutes Stück vorwärts gebracht haben.

Von den gestrigen Landagitationstouren sind uns heute früh folgende Berichte zugegangen:

Glänzender Erfolg der Landpropaganda im Arbeitsgebiet Lützen

Eine städtische Anzahl roter Frontkämpfer und Parteigenossen unserer Ortsgruppe unternahm am Sonntagmorgen eine Ausfahrt, um in den ländlichen Ortschaften durch Verbreiten von Flugzetteln für den kommenden Volksempfang Aufklärung zu bringen. Wenn unsere blutigen Gegner vielfach glauben, die ländlichen Bevölkerung durch Schmutzreden und Verleumdungen von dem Volksempfang abzuhalten, indem sie die Landbesitzer auffordern, nicht zur Wahl zu gehen, so dürfte dies in vielen Fällen nicht eintreten. Auch die kleinen Landwirte und Landarbeiter wollen zu genau, wie sie von unserem Gegner ausgebeutet werden. Aus dem Interesse, welches nach Umständen unserer Genossen in den einzelnen Orten die Bevölkerung an den Tag legen, wie sie auch unsere Genossen und die roten Frontkämpfer heralisch begrüßen, darf wohl die Schlussfolgerung gezogen werden, daß in den einzelnen Dörfern am Tage des Volksempfanges doch ganz andere Stimmverhältnisse herauskommen, als es von unseren politischen Gegnern gehofft wird.

Kurz nach 7 Uhr setzte sich das vollbesetzte Auto in Bewegung, um in 15 Ortschaften die Aufklärungsarbeit vorzunehmen. In allen Ortschaften ging es mit Wut durch die Straßen, links und rechts legten unsere Genossen mit dem Verbreiten der Flugzettel ein.

In Lützen erhielten unsere Genossen Beherkung durch 400 rote Frontkämpfer aus Leipzig, welche beauftragt waren, die Landpropaganda in diesem Bezirk unseres Arbeitsgebietes vorzunehmen. Mit einem fröhlichen „Rot Front!“ wurden wir begrüßt. Dann ging es gemeinlich in die Dörfer Lützen, Lützen, Lützen, Lützen, Lützen, wo wir uns trennten, um kurz vor 3 Uhr in Lützen wieder einzutreffen.

Alles Material wurde umgesetzt; im ganzen wurden über 60 Mark gesammelt.

Genossen, noch fröhlich diese acht Tage ausgenutzt, und der Erfolg wird unser sein! Vor allen Dingen muß nunmehr für die Besammlungen agitiert werden, damit noch die letzte Aufklärung gehen werden kann.

Dem Bettler das Gefängnis — den fälschlichen Milliarden die Schlösser und Paläste

Unabhängig heimatlose Proleten bedürfen heute die Landstraßen, ohne zu wissen, ob sie für die nächste Nacht überhaupt ein schützendes Dach finden werden. Hungrig und elend klopfen sie bei der Suche nach Arbeit nur auf verschlossene Türen oder abgewandene Gesichter. Schließlich bleibt ihnen nichts anderes übrig, als mittellose Menschen um Almosen zu bitten, um durch ein Stückchen Brot ihren argsten Hunger zu stillen und ihr kümmerliches Dasein weiter zu schleppen. Jenseit sind es Arbeiterkolonnen, die sie einheimeln, dann die Reichen und Aristokraten haben sich ja durch das ominöse „Geld“: „Betteln verboten!“ vor der „Bettlerplage“ geschützt. Den Reichen vermehren sie jeden Pfennig, was sie aber nicht abhält, für die Milliardenraub berer von Gottes Gnaden zum Nichts- und Schwarzen Erlenzen mit Gemeinheit und Lüge einzusetzen. Ausgerissenen Menschen ihren fälschlichen Drogen geben die Schlösser und Paläste, damit sie dank der der aus dem Walde gepressten, erkräuberten Millionen ihr Leben voll Ausweitung und Luxus fortsetzen können! Denn es heißt doch bei Seinrich Heine:

Sie man viel, so wird man bald noch vielmehr dazu bekommen. Wer nur wenig hat, dem wird auch das wenige genommen.

Wenn Du aber gar nichts hast, ach, so laß Dich befragen. Denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben.

Proleten! Ihr habt also keine Daseinsberechtigung, denn Ihr habt ja nichts als eure Arbeitskraft. Es ist Euch aber großmütig gestattet, für fälschlichen Lohn zu arbeiten, damit es „ihnen“ wohl-ergehe im Schwelge und Verlesen. Sind eure Kräfte durch jahrelange Fron schließlich frühzeitig gefaltet, dann ist es Zeit für Euch, sich befragen zu lassen, dann kann man Euch nicht mehr gebrauchen. Wer das nicht tut und im Augenblick größter Not und Verzweiflung für ein Stückchen trockenes Brot bettelt, der kommt in den Palast der Arbeiter — nämlich ins Gefängnis!

Wie Wochen sollte der wohnungslose (dies Wörtchen befragt alles!) Arbeiter Karl Kautenstager ins Gefängnis gefahrt werden, weil er gebrüht hat. Obgleich er die letzten zehn Jahre in einer Geil- und Biergenussstadt zugebracht hatte und erst Ende 1925 aus dieser entlassen wurde, war er doch noch normal genug, sich gegen diesen Urteilspruch aufzulehnen. Er hatte auch Erfolg damit, indem die Strafe auf drei Tage Haft gemildert wurde. Da er sich aber bereits 20 Tage im Gefängnis aufhielt, mußte die Strafe abgebrochen. So einjährig wird die Justiz mit Arbeitern fertig! Arbeiter, lemt daraus!

An alle Mitglieder des Roten Frauen- und Mädchenbundes

Die gemeinsame öffentliche Volkserammlung für die restliche Eintragung der Parteien der KPD, SPD, KPD und KPD, findet nicht am Dienstag statt, sondern bereits heute, Montag, den 14. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspart“. Alle Genossinnen haben bestimmt zu erscheinen und außerdem unter den Arbeiterfrauen für diese Verammlung eine intensive Propaganda zu entfalten. Die Vertung des Roten Frauen- und Mädchenbundes.

Die Busse-Mannen in Wettin



Offener Brief der Condela de Mahenau an den Ausschuß-Busse!

Sehr geehrter Herr Stadtschulmeister! Soeben erfuhr ich von befreundeter Seite, daß sich auch in Halle, der Hochburg aller Fürstentümer, ein Ausschuß gegen die Fürstentümernung gebildet hat, dessen Vorsitz Sie, hochverehrter Herr Schulmeister, übernommen haben. Mir wurde auch gesagt, daß es für den Ausschuß keine bessere Persönlichkeit gibt, als Sie, der Sie sich schon durch Ihr vornehmeres, repräsentatives Aussehen einen langjährigen Namen verschafft haben. Da ich wohl annehmen darf, daß Sie nicht nur für meine fälschlichen Geschlechts-partner Partei ergreifen werden, vielmehr auch Verständnis für meine aufopferungsvolle Tätigkeit, die ich bei meinem großzügigen Freunde Adolf Friedrich von Mecklenburg zu leisten hatte, haben, bitte ich Sie, auch meine Interessen in geeigneter Weise zu vertreten. Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, daß mir mein fälschlicher Freund bei seinem Ableben eine jährliche Rente von 20.000 Mark testamentarisch hinterließ. Diese Summe wurde mir allerdings bis zum Jahre 1919 von der deutschen Republik bzw. von mecklenburgischer Freistaat ausgezahlt. Nach der Installation aber hat man mir meine Rente, die ich mir doch recht verdient habe, nur auf 6000 Mk. jährlich aufgemindert. Würde das, von den verachteten Kommunisten angestrebte Fürstentümernungsgesetz durch Volksempfang zur Annahme gelangen, denn, mein lieber Freund, würde ich mir überhaupt die Rente pügen können. Es

fehlt nur noch, daß der deutsche Föbel auch meine Villa im Grunwald, die ich von meinem fälschlichen Freund zum Geschenk erhielt, beschlagnahmt.

Mein lieber Freund Busse! Sie werden einsehen, daß ich mich im Recht befinde, wenn ich meine Ansprüche geltend mache und verlange, daß mir meine Rente von 20.000 Mk. bis zu meinem Tode ausgezahlt wird und später an meine Erben zur Auszahlung gelangt.

Sie haben recht, wenn Sie in den von Ihnen herausgegebenen Flugblättern und Plakaten von „Verstand, Recht und Friede“ sprechen. Ich kann mich Ihrer ehrliehen nationalen Gesinnung nur anschließen. Die Forderung des Föbels auf Fürstentümernung ist nichts weiter als purer Föbel. Diese Leute wollen auch nur einmal in die fälschlichen Betten, und mer Verstand hat, muß sich doch sagen, daß diese Betten nur für unsereins gebaut wurden. Recht aber heißt, daß auch mir in Zukunft der Lohn für meine Arbeitsleistung ausgezahlt wird.

Alle, mein lieber Ausschuß-Busse, ich verlaße mich ganz auf Ihre Qualifikation als Stadtschulmeister und auf Ihr nationales Rechtsempfinden. Sie dürfen sich später einmal in meiner Villa besuchen, aber erst jetzt, wenn alles wieder ruhiger ist. Dann setze ich Ihnen auch die mir von Großherzog geerbten herrlichen Stempelpänder. Für heute: Dank im voraus und viele Grüße Ihre

Condela de Mahenau, fälschliche Theater-Coristin Arbas.

Agitpropkletter und Instrukteure von Halle!

Heute, Montag, eine Stunde vor der öffentlichen Verammlung, also pünktlich um 7 Uhr, wichtige Besprechung im „Volkspart“ (Mittelzimmer). Die Agitpropkletter jeder einzelnen Betriebs- und Straßenselle sowie der Zellengruppen müssen erscheinen.

Kommunistischer Jugend-Bernd Drisgrupp Halle

Heute Treffen der Mitgliedschaft pünktlich 1/2 7 Uhr am Hallmarkt, zum Propagandaabend, jeder muß sich unbedingt daran beteiligen. Musikspieler, bringt eure Instrumente mit. Ortsleitung des KJVD.

Jugend und Volksempfang

Am Mittwoch, dem 16. Juni, findet im kleinen Saal des „Volkspart“, abends um 8 Uhr, eine öffentliche Jugendversammlung.

Am Mittwoch, dem 16. Juni, findet im kleinen Saal des „Volkspart“, abends um 8 Uhr, eine öffentliche Jugendversammlung mit obigem Thema statt. Alle proletarischen Jugendorganisationen sind dringend dazu eingeladen.

Jungarbeiter, nur noch wenige Tage trennen uns vom Volksempfang, aber nicht jeder Jugendliche ist sich über die Bedeutung des Volksempfanges für die arbeitende Jugend klar. Darum kommt alle und bringt Freunde und Bekannte mit.

Jungsparatubund Drisgrupp Halle

Alle Mitglieder erscheinen heute 1/2 7 Uhr auf dem Hallmarkt zum Propagandaabend. Die Instrumente mit. Alle regelmäßigen Wochenveranstaltungen fallen diese Woche aus, dafür werden alle Mitglieder jeden Tag zur Werbe- und Propagandaarbeit. Die einzelnen Treffpunkte werden noch rechtzeitig in Besammlungsstellen besanntgegeben.

Das ehemalige Mitglied Hugo Köppe, Halle, wird wegen Unterdrückung von Organisationsgeldern aus der Drisgrupp Halle des Kommunistischen Jugend-Berndes ausgeschlossen. KJVD, Halle-Merseburg.

* Proletarische Tribüne. Alle Beteiligten am Roten Rummel sind heute abend zur Volksempfangsveranstaltung (Pöbeliens um 1/2 8 Uhr im Bühnenszimmer. Mittwoch: Probe („Schweffelblüte“).

Frauen heraus! Heute abend 8 Uhr Massendemonstration im „Volkspart“ — Roter Rummel

Die bekannte Dichterin Berta Lask wird berichten, was in Rußland mit den Fürstenschlössern geschah



Die Aufgaben der Arbeiter-Konsumvereine zur Massenmobilisierung für den Volksentscheid

Die Marx-Regierung hat die Zustimmung zum Volksentscheid für den 20. Juni festsetzen müssen. Der Gesetzentwurf der SPD, DDP, und des Kucypinski-Massschusses wurde für verfassungswidrig erklärt, so daß 20 Millionen Stimmen für den Volksentscheid aufzubringen sind. Bei der Durchführung des Volksentscheidens waren 12 1/2 Millionen Stimmen erreicht. Für den Volksentscheid werden also noch weitere 7 1/2 Millionen mobilisiert werden müssen, wenn der Volksentscheid mit einem Erfolg enden soll.

Für das Gewinnen neuer Millionen, die für die Fürtrennung gebraucht werden, bieten die Arbeitergenossenschaften und ihre Mitglieder einen bisher nur noch wenig beachteten Boden und damit viele Erfolgsmöglichkeiten. Durch die 3 1/2 Millionen Mitgliederfamilien des Zentralverbandes können allein 10 bis 12 Millionen für die Beteiligung am Volksentscheid beeinflusst werden. Von diesen Millionen sind eine große Anzahl in keiner anderen proletarischen Organisation, vor allen Dingen unendlich viele proletarische Frauen. Die Partei kann also nur durch die Konsumvereine an sie herankommen.

Die Genossenschaftszentralinstanzen haben eine Unterbreitung des Volksentscheidens abgelehnt und bisher die Propaganda für die Fürtrennung ignoriert. Sie erklären in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 10. April, daß

„es sich beim Volksentscheidern um eine rein parteipolitische Angelegenheit handle, in die sich ein zünftigen den Genossenschaften bei Strafe — eventuell der Auflösung — gemäßig verhalten sei“.

Damit haben sich die Genossenschaftszentralinstanzen zu Anwälten der Fürtrennung gemacht und die Interessen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder mit Füßen getreten. Auch auf den für sich fätsigenden Unterverbandsorgan der Konsumvereine von Rheinland-Westfalen in Düsseldorf, von Thüringen in Jena, von Württemberg in Göttingen und Sachsen in Annaberg wurden Anträge für die Unterbreitung des Volksentscheidens abgelehnt. Auf dem Genossenschafts tag in Mitteldeutschland in Kassel verweigerte die Bürokratie sogar die Besetzung der Resolution für den Volksentscheid, da sie „politisch“ sei.

Trotz dieser Stellungnahme der Zentralinstanzen wurde beim Volksentscheidern durch den Druck der Mitglieder nicht nur von den oppositionellen, sondern auch einer Reihe reformistischer Konsumvereine eine Unterbreitung gefordert, die aber noch vollkommen ungenügend war. In den Versammlungen der Konsumvereine hat sich gezeigt, daß auch die sozialdemokratischen Genossenschaftsmitglieder die Unterbreitung des Volksentscheidens verlangen und selbst gegen die sozialdemokratischen Zentralinstanzen kämpfen. So wurde z. B. in reformistischen Konsumverein Cannburg eine Resolution für die Unterbreitung des Volksentscheidens angenommen, in Stuttgart, Kempten u. a. stimmte die SPD, gegen die sozialdemokratischen Zentralinstanzen und für einen Teil unserer Forderungen.

Durch die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Genossenschaftsmitglieder mit der Stellungnahme der Genossenschaftsbürokratie nicht einverstanden sind, wird es ein Bedürfnis sein, die Konsumvereine für die aktive Unterbreitung des Volksentscheidens zu gewinnen. Der bestehende Gegensatz der Auffassung zwischen der Genossenschaftsbürokratie und dem einheitlichen Willen der proletarischen Konsumvereinsmitglieder muß durch die Mobilisierung und Aktivierung der Mitglieder dazu führen, daß die Zentralinstanzen der Konsumvereine über ihre bis hinweggegangen wird. Die Hauptaufgabe wird also darin bestehen, daß jenseits der proletarischen Genossenschaftsmitglieder ein energischer Druck gegen die Stellungnahme der Genossenschaftsbürokratie erzeugt werden muß.

Die Aufgaben, die die Konsumvereine zur Unterbreitung des Volksentscheidens leisten müssen und müssen, sind sehr umfangreich. Die wichtigsten sind vor allem:

- 1. Die Veranfassung von Versammlungen (Verteilungsstellenversammlungen, Frauenveranstaltungen, Funktionärversammlungen usw.), in denen Propaganda für den Volksentscheid gemacht wird und die Aufgaben der Konsumvereine behandelt werden.
2. Eintritt der Konsumvereine in die Einheitskomitees. Wo solche noch nicht bestehen, müssen die Beziehungen zur Bildung von Einheitskomitees unterstützt werden.
3. Die 6000 Verteilungsstellen müssen zur Propaganda zur Verfügung gestellt werden. Dort selbst, sowie in den Schaufenstern müssen Plakate und sonstige Material ausgestellt werden. Die Türen der Konsumvereine müssen mit der Forderung beschriftet werden: „Keinen Pfennig den Fürtrennern! Beteiligt Euch am Volksentscheid!“
4. Die Automobile und Fuhrwerke müssen bei den Demonstrationen zur Verfügung gestellt werden. Während der Geschäftszeiten müssen sie mit Transparenten, Plakaten usw. versehen, ihren Dienst durchführen, um dabei Propaganda für den Volksentscheid zu machen.
5. Die Konsumvereine müssen der SPD, DDP, und DVP, finanzielle Mittel zur Durchführung des Volksentscheidens zur Verfügung stellen.
6. In der Presse müssen sich die Konsumvereine speziell an die Genossenschaftsmitglieder wenden und zur Teilnahme am Volksentscheid auffordern. Die Konsumvereine können eigene Flugblätter, Streifenblätter usw. herstellen oder die von den Parteien hergestellten und verteilten.
7. Gleichzeitig müssen die lokalen Konsumvereine Forderungen an den Zentralverband und die Revolutionsverbände stellen. Außer den bereits genannten Forderungen muß vor allem noch weiterhin verlangt werden:
7. Die Herabsetzung eines Anteiles jenseits der Genossenschaftszentralinstanzen für die Teilnahme der Genossenschaftsmitglieder am Volksentscheid.
8. Die Einstellung der Genossenschaftspresse für die Durchführung des Volksentscheidens. (Dieselbe erscheint in einer Auflage von einer Million.)

Um die Durchführung dieser Forderungen und damit eine aktive Unterbreitung des Volksentscheidens durch die Konsumvereine zu erreichen, müssen überall die notwendigen Vorbereitungen organisiert werden.

- 1. In allen jetzt stattfindenden Konsumvereinsveranstaltungen (Sitzungen der Ausschüsse, Verteilungsstellenversammlungen, Genossenschaftsversammlungen, General- und Vertreterversammlungen usw.) müssen entsprechende Anträge gestellt und Propaganda für die Unterbreitung des Volksentscheidens gemacht werden.
2. Wo keine größere Anzahl Konsumvereinsveranstaltungen stattfindet, müssen die Genossenschaftsmitglieder die Initiative ergreifen und durch die Sammlung der naturgemäß notwendigen Unterschriften die Einberufung von Verteilungsstellenversammlungen oder General- und Vertreterversammlungen erzwingen.
3. In den Verteilungsstellen der Konsumvereine müssen gut organisierte Besprechungen mit den Arbeiterfrauen, die dort die Waren entnehmen, abgehalten werden. Die Frauen müssen beauftragt werden, zu verlangen, daß durch die Lagerhalter oder selbst durch selbst dazu gewählte Kommissionen der Frauen den Genossenschaftsverbänden die Forderungen der proletarischen Mitglieder auf Unterbreitung des Volksentscheidens mitzuteilen werden. Durch diese Besprechungen und Delegationen der Frauen muß ein energischer Druck in allen Konsumvereinen gegen die Sabotagepolitik der Zentralinstanzen erzeugt werden.

Nur wenn es gelingt, durch eine größere Aktivität der Partei in den Konsumvereinen einen energischen Druck gegen die Sabotage der Genossenschaftszentralinstanzen zu erzeugen, werden die Arbeiterkonsumvereine in die einheitliche Abwehrfront gegen die Fürtrennungsforderungen einbezogen und die aktive Unterbreitung des Volksentscheidens durch die Arbeiter-Genossenschaften durchgeführt.

Um diese Unterbreitungsaktion der Konsumgenossenschaften auf internationaler Basis zu organisieren, hat die RPD, und der russische Konsumgenossenschaftsverband „Genotrojsk“ sich bereits vor Ausbruch des Generalstreiks mit einem Telegramm an den Internationalen Genossenschaftsverband in London gewandt.

Auch die ukrainischen Genossenschaften haben sich dann noch einmal an den Internationalen Genossenschaftsverband gewandt, um ihn auf seine proletarische Klassenpflicht aufmerksam zu machen. In den 1. und 2. Mai in Antwerpen stattgefundenen Ersatztagung des Internationalen Genossenschaftsbundes hatten die russischen Genossenschaften einen Dringlichkeitsantrag zur Unterbreitung des englischen Arbeiterkampfes vorgelegt. Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Die russischen Genossenschaften haben ihre Solidarität mit der kämpfenden Arbeiterklasse bewiesen. Sie haben dem Generalrat des britischen Genossenschaftsbundes 30 000 Rubel Unterbreitung überwiefen und bei dem Internationalen Genossenschaftsbund dann abnormals einen erneuten Vorstoß zur Herbeiführung einer einheitlichen Stellung unternehmen. Die sibirischen Genossenschaften hatten auch bereits bis zum 9. April der englischen Arbeiterklasse einen Betrag von hundert Pfund Sterling überwiefen. Die Sabotage der Leitung des Internationalen Genossenschaftsbundes hat eine größere internationale Unterbreitung bewirkt.

Wie in allen entscheidenden Fragen, haben die Instanzen der deutschen Arbeiter-Konsumvereine, die in dem Internationalen Genossenschaftsbund auf den reaktionärsten Flügel stehen, sich gegen die Unterbreitung der kämpfenden englischen Arbeiterklasse gewandt. Auf dem Thüringer Genossenschaftstag in Jena wurde eine Resolution der Opposition für den englischen Kampf abgelehnt. In einer neuen lokalen Konsumvereine sind ebenfalls Sympathie- und Unterstützungsaaktionen abgelehnt, so z. B. in Essen, Köln usw. Nur in einigen Konsumvereinen, Merseburg usw., gelang es, auch die Solidarität der deutschen Konsumvereine mit der englischen Arbeiterklasse zu bewahren.

Der Generalrat in England ist durch den Verrat der rechten Führer beendet. Die Bergarbeiterklasse führt ihren

Kampf noch immer weiter, so daß auch jetzt noch eine praktische Solidarität nötig ist. Gerade in den letzten Tagen hat sich der Bergarbeiterstand mit einem Aufrufen an die Arbeiterklasse aller Länder gewandt und für die Unterbreitung des Kampfes aufgefordert. Der Ruf der englischen Bergarbeiter darf nicht ungehört verhallen. Auch in den Konsumvereinen muß in verstärktem Maße die Solidarität für die englische Bergarbeiterklasse propagiert werden. In allen stattfindenden Versammlungen der Konsumvereine müssen Anträge für die Bewilligung von Geldern für die englische Bergarbeiterklasse gestellt werden.

Die proletarischen Konsumvereinsmitglieder müssen bewußt, daß sie die Stellungnahme der Genossenschaftszentralinstanzen mißbilligen und die Klassenpolitik ablehnen. Nur durch die Unterbreitung des Volksentscheidens durch die Konsumvereine, die mit dem erneuten Klassenrat der reformistischen Bürokratie ab und beweis der englischen Bergarbeiterklasse die Klassenpolitik ablehnen.

Die Opposition wächst

Das Ergebnis der Unterverbandsstage.

Die Genossenschaftsbürokratie hat an den diesjährigen Unterverbandsstagen, die im Mai stattfanden, eine arge Enttäuschung erlebt. Sie hätte sie sich einbilden, daß ihre Unterbreitungs- und Bergarbeiterunterstützung gegen die proletarische Opposition großen Erfolg haben werden. Die Unterverbandsstage haben jedoch ein vollständig anderes Bild gezeigt. Während auch in diesem Jahre in Ostpreußen, Nordwestdeutschland, Bayern, Sachsen und Südböhmen, land oppositionelle Delegierte auf den Stagen nicht auftreten konnten, ist es in den wichtigsten fünf Reichsverbandsstagen, in Thüringen, Mitteldeutschland, Sachsen, Württemberg und Rheinland-Westfalen, zu beifoligen Auseinandersetzungen mit der reformistischen Genossenschaftspolitik gekommen.

Die Unterverbandsstage gegen die Genossenschaftsbürokratie der Konsumvereine, weil die Wahlen in den Spitzenverbänden vorgenommen werden und die Opposition beunruhigt angeht. Trotzdem wird in diesem Jahre eine erheblich höhere Anzahl kommunistischer Delegierter auf den Stagen auftreten, und es zeigte sich deutlich, daß die Opposition der Stagen, der sich auf den Unterverbandsstagen von 1924 zeigte, bereits überdramatisch ist. Gleichzeitig mit der zunehmenden Delegiertenzahl ist auch das Auftreten der kommunistischen Opposition wesentlich besser geworden. Es war es, die auf den Stagen die Diskussion über die Unterbreitung des Volksentscheidens den Genossenschaftszentralinstanzen der Arbeiter-Konsumvereine darlegte. Die Verbandsstage wären ohne die Opposition wieder bloß Ferienreisen der Bürokratie geworden.

Auf dem Thüringer Verbandstag in Jena hatte die Opposition 25 Vertreter. In der Diskussion sprachen die Genossen Winters, Jena; Götze und Zimmermann, Jena. Der Vorsitzende Friedrich, der die Besetzung einer kommunistischen Enghilfungsgruppe wollte, wurde durch den Protest des Verbandstages zum Verleiten gezwungen. Die Anträge der Opposition zum Kampf gegen die Zensur, die Genossenschaftsbürokratie für die Unterbreitung des Volksentscheidens, zur Einberufung einer Delegation des Zentralverbandes zu den russischen Genossenschaften, zur Unterbreitung des englischen Bergarbeiterkampfes, zum Kampf gegen die Gewerkschaften „Neuer Zeitung“ wurde aus dem Entwurf verworfen, während der Berichterstatter des sozialdemokratischen „Volk“ auf der Tagung bleiben konnte.

Auf dem mitteldeutschen Verbandstag in Kassel hatte die Opposition 15 Vertreter. In der Diskussion sprachen die Genossen Böttcher, Kassel; Baumann, Kassel; Döhlitz, Kassel; Württemberg, Kassel. Die Besetzung einer Delegation für die Unterbreitung des Volksentscheidens wurde verworfen, da sie „politisch“ sei. Ein Antrag für die Unterbreitung des Volksentscheidens durch die Unterbreitung des Volksentscheidens wurde verworfen, da sie „politisch“ sei. Ein Antrag für die Unterbreitung des Volksentscheidens durch die Unterbreitung des Volksentscheidens wurde verworfen, da sie „politisch“ sei.

Auf dem sächsischen Verbandstag in Annaberg hatte die Opposition 15 Vertreter. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung wurde ein Antrag über den Volksentscheid und die Konsumvereine gestellt. In der Diskussion sprachen die Genossen Kersch, Annaberg; Kersch, Annaberg; Kersch, Annaberg. Die Unterbreitung des Volksentscheidens wurde verworfen, da sie „politisch“ sei. Ein Antrag für die Unterbreitung des Volksentscheidens durch die Unterbreitung des Volksentscheidens wurde verworfen, da sie „politisch“ sei.

Auf dem sächsischen Verbandstag in Annaberg hatte die Opposition 15 Vertreter. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung wurde ein Antrag über den Volksentscheid und die Konsumvereine gestellt. In der Diskussion sprachen die Genossen Kersch, Annaberg; Kersch, Annaberg; Kersch, Annaberg. Die Unterbreitung des Volksentscheidens wurde verworfen, da sie „politisch“ sei. Ein Antrag für die Unterbreitung des Volksentscheidens durch die Unterbreitung des Volksentscheidens wurde verworfen, da sie „politisch“ sei.

Auf dem sächsischen Verbandstag in Annaberg hatte die Opposition 15 Vertreter. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung wurde ein Antrag über den Volksentscheid und die Konsumvereine gestellt. In der Diskussion sprachen die Genossen Kersch, Annaberg; Kersch, Annaberg; Kersch, Annaberg. Die Unterbreitung des Volksentscheidens wurde verworfen, da sie „politisch“ sei. Ein Antrag für die Unterbreitung des Volksentscheidens durch die Unterbreitung des Volksentscheidens wurde verworfen, da sie „politisch“ sei.

Auf dem sächsischen Verbandstag in Annaberg hatte die Opposition 15 Vertreter. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung wurde ein Antrag über den Volksentscheid und die Konsumvereine gestellt. In der Diskussion sprachen die Genossen Kersch, Annaberg; Kersch, Annaberg; Kersch, Annaberg. Die Unterbreitung des Volksentscheidens wurde verworfen, da sie „politisch“ sei. Ein Antrag für die Unterbreitung des Volksentscheidens durch die Unterbreitung des Volksentscheidens wurde verworfen, da sie „politisch“ sei.

Genossenschaftlicher Redakteur: G. B. S. Berlin, W. B. Berlin, W. B. Berlin; Verleger: Metz, Berlin, W. B. Berlin, W. B. Berlin, W. B. Berlin.

Der englische Generalstreik und die Solidarität der Konsumvereine

Der gewaltige Kampf der englischen Arbeiterklasse gegen die Arbeitgeberorganisationen aller Länder die Möglichkeit, ihre proletarische Klassenpolitik zu betreiben. Nur durch die praktische Solidarität konnte der englischen Arbeiterklasse ihr eigener Kampf mit der Bourgeoisie erfolgreich werden.

Schon bei der Vorbereitung des englischen Generalstreiks ist von der revolutionären Arbeiterklasse ständig auf die Klassenpolitik der Konsumgenossenschaften während des Kampfes hingewiesen worden. Die RPD, England hatte die Lösung aufgestellt, daß die Arbeiter-Konsumvereine das „Bereitstellungskomitee“ für den kämpfenden Arbeiterklasse sein müssen. Gleichfalls ist von der Arbeiterbewegung der englischen Genossenschaften auf den verschiedenen Konferenzen und Kongressen immer wieder auf die unbedingte Notwendigkeit der Solidarität zwischen den Genossenschaften und Genossenschaften hingewiesen worden. Auch die letzten Wenden des Bergarbeiterkampfes Coof sind ein deutlicher Beweis dafür.

Der Generalrat der englischen Genossenschaften hatte u. a. mit der englischen und sächsischen Großindustriellen ein Abkommen getroffen, daß während des Generalstreiks an die kämpfende Arbeiterklasse eine freiwillige Lieferung mit Lebensmitteln durchgeführt werde. Die Leitung des englischen Konsumgenossenschaftsverbandes hat dann zwar an die lokale Konsumvereine ein Rundschreiben geschickt, in dem auf angeblich schlechte Erfahrungen aus der Kreditgewährung während des Bergarbeiterstreiks von 1921 verwiesen und die Konsumvereine aufgefordert wurden, nur bei der genügenden Sicherstellung durch Genossenschaftsverbände die an die Genossenschaftsmitglieder abzugeben. Aber es konnte nicht von allem Anfang damit gerechnet werden, daß die lokalen Konsumvereinsverwaltungen über die Bedeutung der Spitzenbürokratie hinweggingen und durch den Druck der proletarischen Genossenschaftsmitglieder der kämpfenden Arbeiterklasse praktische Unterstützung leisteten. Die hier eine lokale Konsumgenossenschaftsbewegung war zu einer solchen Hilfe in weitgehendem Maße imstande.

Ausschneiden

Aufbewahren

Die Arbeit der letzten Woche!

Alle Kraft für die siegreiche Durchführung des Volksentscheid

Die letzte Woche Arbeit zum Volksentscheid beginnt heute, und es ist klar, daß die restlose Mobilisation aller Parteikräfte notwendig ist, um den 20. Juni zu einem entscheidenden Sieg der wertvollen Massen zu gestalten.

Jedes Parteimitglied muß herein an die Arbeit!
Jeder sympathisierende Arbeiter muß zur aktiven Mitarbeit in der Agitation gewonnen werden!

Die wasserläufigen Verbände, die schwarzweiße Presse und die gesamte Reaktion bieten alle Mittel des Terrors und der Demagogie auf, um den Sieg des Volksentscheides zu verhindern. Ungeduldige Mittel stehen dem Gegner zur Verfügung. Die gesamte kapitalistische Presse, ungeheure Geldmittel, der Regierungsapparat sind gegen den Volksentscheid mobilisiert. Unsere Kraft aber liegt in den Massen. Dem Aufgebot der Feinde müssen wir das Massenangebot des wertvollen Volkes entgegensetzen.

Weg mit Passivität und Bequemlichkeit!

Jede Stunde der letzten Woche ist der Agitation gewidmet, der Aufzettelung der Massen und der Organisierung der roten Front gegen die schwarzweiße Reaktion. Es kommt dabei auf die Arbeit jedes einzelnen Genossen an. Diese Arbeit ist Teilarbeit, Kleinarbeit. Diese Arbeit ist Flugblattverteilung, ist Handzettelverteilung, ist Sammeln für den Kampffonds, ist planmäßige mündliche Aufklärung auf der Straße, in den Säulen und im Betriebe. All diese Kleinarbeit summiert wird den Erfolg schaffen.

Die Veranmeldung heute abend im „Volkspar“ ist der Auftakt zur Generalmobilisation. Von Dienstag an treten die Betriebs- und Straßenzellen jeden Tag in den Agitationslokalen der Zellengruppen geschlossen zur Arbeit an. Das Agitationslokal muß das rote Hauptquartier des Zellengruppengebietes sein. Von dort aus ist die Arbeit planmäßig in Angriff zu nehmen, planmäßig Tag für Tag nach bestimmter Arbeitsverteilung. Kein Kommunist darf ohne Auftrag bleiben.

Besamtmäßig für die Arbeit in der Zellengruppe sind die Zellengruppenleitungen und die Instrukteure der Bezirksleitung. Besamtmäßig für die Aufstellung der Arbeit unter die Mitglieder der Zelle ist jede Zellenleitung. Jedem Genossen ist die von ihm geleistete Arbeit in seinem Parteimitgliedsbuch zu bezeichnen, damit er sich jederzeit über die von ihm geleistete Arbeit ausweisen kann.

Jedes Parteimitglied, jede Leitung muß sich darüber klar sein, daß der Erfolg am 20. Juni, und daß die erfolgreiche Organisierung der roten Klassenfront gegen die Reaktion nur durch planmäßige Arbeit aller Parteimitglieder, durch die effiziente unermüdete Arbeit jedes Kommunisten möglich sein wird. Die Parteiorganisation Halle hat doppelte Aufgaben zu erfüllen: was die Schwarzweißer auf dem Lande durch Terror an Wahlbeteiligung verhindern, das muß aus der Großstadt doppelt aufgebracht werden. Beim Volksbegehren brachte Halle 49.700 Stimmen auf, der Gesamtbezirk 310.000. Das sind 37 Prozent der Wahlberechtigten; aber mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten, das sind 66.712 Stimmen, müssen im Bezirk aufgebracht werden, das heißt, 17.850 Stimmen mehr als beim Volksbegehren. War der industrielle Bezirk Halle-Merzburg nicht weit darüber hinaus kommen, um das zu erreichen, was in Dürren, Merzburg durch den schwarzweißen Terror weniger aufgebracht wird.

Darum, heran an die Arbeit! Alle Mann an Bord! Zerßert die Hoffnungen der Reaktions! Arbeitet für den Sieg des Volksentscheides der roten Klassenfront!

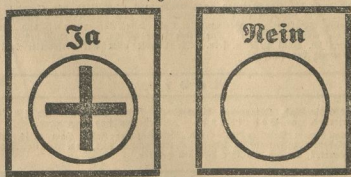
Bezirksleitung Halle-Merzburg.

Was ist richtig „Ja“ oder „Nein“?

Die Aufschrift des Stimmzettels für den Volksentscheid zur entscheidungsgewissen Entgegnung der Frieren ist dazu angetan, einige Verwirrung unter den einfach denkenden Menschen anzurichten. Das wird man bei der Abfassung des Stimmzettels sichtlich auch mit Erfolg des Volksentscheides erheblich zu beunruhigen. Wenn nicht jeder eingehend darüber aufgeklärt wird und man es ihm vornehmlich, wo er das Kreuz zu machen hat, wird diese Abicht der Gegner des Volksentscheides auch zum Teil gelingen. Daher muß jeder einzelne darüber informiert werden, wie und wo er das Kreuz auf dem Stimmzettel zu machen hat.

Der Stimmzettel aller derjenigen, die dafür sind, daß die Frieren keinen Pfennig bekommen, muß so aussehen:

Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Frierenvermögen Gesetz werden?



Die Frage, die auf dem Stimmzettel beantwortet werden soll, lautet also: Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Frierenvermögen Gesetz werden? Jeder hat diese Frage mit einem glatten „Ja“ zu beantworten, indem er

das Kreuz in das Feld unter „Ja“

macht. Viele lesen sich die Frage auf dem Stimmzettel nicht genau an und meinen dann, wenn die Frieren keinen Pfennig bekommen sollen, müssen sie selbstverständlich stimmen mit „Nein“, keinen Pfennig, und mit „Ja“ müßten jene stimmen, die den Frieren ihr eigenes Gut behalten wollen. Diese Ansicht werden die Gegner des Volksentscheides nach Kräften zu färfen suchen, um die Anhänger des Volksentscheides in Verwirrung zu bringen. Das darf ihnen

nicht gelingen. Darum muß jeder Arbeiter, jeder Anhänger des Volksentscheides die Art der Abstimmung beim Richter, Arbeitskollegen, Freund und Verwandten klarlegen, damit am 20. Juni jeder sein Kreuz in das Feld unter dem „Ja“ anbringt.

Arbeitsplan für die Woche vom 14. — 19. Juni

Montag, 14. 6.: Öffentliche Versammlung im „Volkspar“.

Dienstag, 15. 6.: Generalmobilisation aller Parteimitglieder, Betriebs- und Straßenzellen finden sich geschlossen in den Agitationslokalen ein. Jede Betriebs- und Straßenzelle prüft sofort, wer nicht zur Stelle ist. Die Fehlenden werden durch Kurriere herangeholt. Darauf findet die Einteilung in Agitationstrupps statt. Jeder Genosse muß seinen Auftrag erhalten.

Die Straßenzellenleitung muß am Nachmittag die Werbenummern des „Klassenkampf“, der an diesem Tage erscheint, abholen. Jede Betriebs- und Straßenzelle erhält eine bestimmte Anzahl Werbepost.

Mittwoch, 16. 6.: Auf die Straße! Anzüge der Agitationstrupps mit Transparenten, Flugblattverteilung bei den Geschäftseingängen, Agitation in den Säulen durch Betrieb der Werbenummern, Verteilung von Handzetteln und Flugblättern.

Donnerstag, 17. 6.: Vor die Betriebe! Aufstellung mit Transparenten, Verteilung von Flugblättern, Handzetteln und Werbenummern des „Klassenkampf“. Jede Betriebszelle und jede Straßenzelle bearbeitet nach Feierabend die Betriebe, die in ihrem Arbeitsgebiet liegen.

Abends Versammlungen des Einheitskomitees in „Volkspar“ und „Wintergarten“. Vor den Versammlungen muß durch Transparente und mündliche Agitation für diese Versammlungen gearbeitet werden.

Freitag, 18. 6.: Auf die Straße! Transparentumzüge durch ganz Halle, Sammlungen auf der Straße, Straßenaufklärung für die Massenführung am Sonnabend.

Sonnabend, 19. 6.: Massenauflösung. Agitation der Betriebszellen im Betrieb für die Massenführung am Abend. Flugblattverteilung vor den Betrieben und in den Säulen. Massenführung auf dem Kopplatz.

Instruktion für die Arbeitsverteilung

1. Die Zellengruppenleitung überweist jeder Betriebs- und Straßenzelle ein bestimmtes Straßenzellen- oder Säulengebiet zur täglichen Bearbeitung.
2. Jede Betriebs- und Straßenzelle teilt ihre Mitglieder in Agitationstrupps von drei bis fünf Genossen ein, die während der ganzen Woche die ihnen zugewiesenen Häuser gemeinsam bearbeiten.
3. Die Betriebszellen finden sich täglich nach Feierabend, die Straßenzellen pünktlich 3/7 Uhr geschlossen im Agitationslokal der Zellengruppe ein und nehmen von dort aus nach Anweisung durch die Zellengruppenleitung ihre Arbeit auf.
4. Nach Beendigung der ihnen zugewiesenen Arbeit melden sich die Genossen im Agitationslokal ab und erhalten dann von der Zellengruppen- resp. Zellenzellenleitung den Vermerk über die von ihnen geleistete Arbeit in des Mitgliedsbuch eingetragen.
5. Die Parteimitglieder in heftigen Betriebszellen, die in den Randorten der Umgebung wohnen, arbeiten in ihren Wohnorten. Sie erhalten den Vermerk über ihre Arbeit jeden Tag von der Ortsgruppenleitung in des Mitgliedsbuch. Der Betriebszellenleiter kontrolliert die Genossen, ob sie ihre Arbeit verrichtet haben.
6. Genossen, die in isolierten Betrieben wie z. B. Bauarbeit arbeiten, besetzen nach Feierabend nicht geschlossen arbeiten können, melden sich zur Arbeit bei der Orts- resp. Zellengruppenleitung ihres Wohngebietes und erhalten von denen den Vermerk über ihre Parteiarbeit. Die Zellenleitung kontrolliert die Arbeit dieser Genossen.
7. Die Agitationsleiter jeder Betriebszelle müssen sofort die Herstellung von Transparenten organisieren. In jeder Zelle soll auf mindestens je zehn Genossen ein Transparent entfallen. In ihrer Herstellung genügt eine große halbe Pappe, auf welcher die von der Partei herausgegebenen Plakate oder selbsthandgezeichnete Plakate angebracht werden.
8. Die Zellenleitung muß alle Genossen anstreichend mit kleinen Klebezetteln versehen.

Generalappell der roten Frontkämpfer zur Mobilisierung der Massen für den Sieg des Volksentscheides

Sonntag, den 20. Juni:

Früh 6 Uhr: Mobilisierung der Bevölkerung in allen Abteilungen und Ortsgruppen zum Volksentscheid durch die Spielmannszüge und Musikkapellen des RFB.

Vormittags 9 Uhr: Antreten aller Kameraden in den Zug- und Abteilungslokalen zur Einteilung für die Werbearbeit. — Die Einteilung zur Arbeit für den 20. Juni muß im Einverständnis mit der Kommunistischen Partei und den Einheitskomitees erfolgen.

Die roten Frontkämpfer mobilisieren die umliegenden Dörfer der Industriestädte für die Abstimmung zum Volksentscheid; stellen die Mannschaften für die Antropropaganda, führen die Haus- und Hofpropaganda durch, stellen die Mannschaften zum Schlepverbien.

Das Antreten zum Generalappell ist Bundespflicht. Die Arbeit am 20. Juni muß im Mitgliedsbuch von Orts- resp. Abteilungsleiter des RFB bezeugt werden.

Die roten Frontkämpfer führen die von der Bundesleitung gegebenen Anweisungen in Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei und den Einheitskomitees durch und verdupeln ihre Kräfte, um den Sieg des Volksentscheides zu sichern.

Bundesleitung des RFB, Thüringen, Leon. Olbricht.

Agitationslokale für Halle

- Süden:
Zook's Hof, Freundlich, Merzburger Straße
„Dreibund“, Oranienstraße
Köhler, Diestauer Straße
- Osten:
„Brauhaus“, Freimühlendstraße
„Gesellschaftshaus“, Diemitz
Lohse, Dessauer Straße
„Hübner, Kurze Gasse
- Westen:
„Fröhlicher Jäger“, Zorstraße
„Friedrichs“, Glausauer Straße
Kappida, Mansfelder Straße
- Mitte:
„Goldene Kette“, Alter Markt
Käppchen, Unterberg
- Norden:
„Volkspar“, Burgstraße
„Einbehof“, Gröblitz
„Reichsadler“, Trautz.

Alle Parteimitglieder sind verpflichtet, sich in dem für sie in Frage kommenden Agitationslokal zu melden. (Steht das Mitgliedsbuch als Ausweis mitzuführen!)

In allen Ortsgruppen des Bezirkes bestehen Agitationslokale, in denen auch sympathisierende sich zur Mitarbeit melden können.

Anweisung zur Herstellung von Transparenten

Für die Herstellung von Transparenten, die in Demonstrations- oder Propaganda-Zwecken getragen werden sollen, verwendet man Holzrahmen, zwei Meter lang, ein Meter hoch aus Dackelstein, die mit einfachem Chiffon bepannt werden. Für die Aufschriften (Karikaturen, Anschriften) nimmt man die sogenannten Wasserfarben, erhältlich in jeder Drogerie oder Farbenhandlung.

Eine gute, auftragbare und nicht verwaschene Farbe stellt man her, indem man die Farben mit Wasser und etwas Schellack in gleicher Menge zu einer gleichmäßigen Masse vermischt. Als Vorlage bedient man sich der Bilder, die in der Zeitung oder unseren Zeitschriften erscheinen. Man verwendet aber nur dann Karikaturen, wenn die Gewähr gegeben ist, daß sie ihre Wirkung nicht verlieren.

Um nun das Transparent bequem tragen zu können, nagelt man an jeder Seite eine Kette an, so daß jede Mann das tragen. Dies Transparent kann man immer verwenden, indem man es mit Schleimkreide überstreicht, und zwar so, daß von der alten Aufschrift nichts mehr sichtbar ist. Die Schleimkreide muß selbstverständlich ebenfalls mit Schellack angerührt werden. Die Kettens für ein Transparent betragen ungefähr 6 Mark und reduzieren sich bei jedem weiteren Gebrauch.

Was will der Volksentscheid?

Er will folgendes Gesetz über Enteignung der Frierenvermögen zur Geltung bringen:

Artikel I

Das gesamte Vermögen der Frieren, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder registriert haben, sowie das gesamte Vermögen der Frierenwäner, ihrer Familien und Familienangehörigen werden zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet.

Artikel II

Das enteignete Vermögen wird verwendet zugunsten:
a) der Erwerbslosen,
b) der Kriegesbeschädigten und Kriegshinterbliebenen,
c) der Sozial- und Kleinrentner,
d) der bedürftigen Dörfer der Agitation,
e) der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz.

Die Schächter, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrt, Kultur- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen für Kriegesbeschädigte, Kriegshinterbliebenen, Sozial- und Kleinrentner, sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten, verwendet.

Artikel III

Alle Verfügungen — einschließlich der hypothekarischen Belastungen und Eintragungen — die mit Bezug auf die nach diesem Gesetz enteigneten Vermögen oder ihre Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig.

Artikel IV

Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz werden durch ein Reichsgesetz festgelegt, das innerhalb drei Monaten nach amtlicher Verkündung des Abstimmungsergebnisses zu erlassen ist. Dieses Reichsgesetz hat insbesondere die näheren Bestimmungen zur Ausführung des Artikels I dieses Gesetzes über die Verwendung der enteigneten Frierenvermögen durch die Länder zu treffen.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,20 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Bezugs- und Druck-Verantwortlich: Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. V., Halle, Verdenstraße 14.

Einzelpreis: 12-Goldpfennig i. d. W. 100-Mark-Stücke u. Später 70-Goldpfennig i. d. W. 100-Mark-Stücke. Postumschreibung zu richten nach Halle, Verdenstraße 14. Tel. 1044, 1047, 1052. Zeitungs-Verkaufsstellen: Halle, Verdenstraße 14. Postfach 1052. Halle, Verdenstraße 14. Postfach 1052. Halle, Verdenstraße 14. Postfach 1052.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, 14. Juni 1926

6. Jahrgang * Nr. 137

An die Partei!

Genossen! Genossinnen! Der Brief Hindenburgs an den Monarchisten Kochal hat die letzten Zweifel über die Pläne der Gegenrevolution vernichtet:

Die Entgegnung der Fürsten soll nicht durchgeführt werden — auch bei Erreichung von 20 Millionen Stimmen.

Das ist die klare eindeutige Sprache des Staatsrechtspräsidenten. Und hinter ihm stehen geschlossene Regierung und Parlament, die schwarzweisse Bürgerkriegsarmee und ihre großkapitalistischen Herren. Die ganze Konterrevolution gruppiert sich um den Raubzug der Fürsten.

Die kommunistische Partei hat das Volksbegehren erzwungen. Sie muß jetzt die Massen zum

Kampf für Abwehr des Sturmangriffs der Reaktion und der Offenfeinde des Großkapitals auf Lohn und Arbeitszeit führen.

Unser Ruf nach Vorbereitung des einheitlichen Kampfes der proletarischen Einheitsfront hat im ganzen Lande, unter allen Schichten des werktätigen Volkes ein gewaltiges Echo gefunden. Gegen den Widerstand und trotz der Sabotage der sozialdemokratischen Führer und der Gewerkschaftsbureaucratie aller Schattierungen bilden sich

proletarische Einheitskomitees

In den wichtigsten Zentren des Landes. Die Führung dieser Kampforgane durch die kommunistische Partei und ihre tiefste Verankerung in den werktätigen Massen ist die erste Voraussetzung und die einzige Bürgschaft für die erfolgreiche Abwehr der Konterrevolutionären Offensiven.

Die sozialdemokratische Führerschaft steht auf der anderen Seite der Barrikade.

Trotz Hindenburg-Brief und der Sozialistischerklärung der Marx-Regierung notwendig ist die sozialdemokratische Führerschaft dem kommunistischen Mitstreitensantrag ihre Zustimmung. Während die sozialdemokratischen Arbeiter zum Kampf gegen die Reaktion aufmarschieren, bereiten ihre Führer ein neues Koalitionsbündnis mit derselben Reaktion vor.

Genossen! Die proletarische Einheitsfront marschiert vorwärts. Bleibt an ihrer Spitze. Begehrt keinen Augenblick die Lehren der Niederlage des heldenmütigen Kampfes der englischen Arbeiterklasse! So in England, so in Deutschland!

Die sozialdemokratischen Führer schließen sich einem Kampfe nur unter dem Druck der Arbeiterklasse an, um ihn später zu verraten.

Für die Fürsten die 2,6 Milliarden, für die Stahlhelmführer das Auto

Rundschreiben 26 des Eiselenber Stahlhelms

Auf den Reaktionsstich kommt ein Rundschreiben vom Stahlhelm, das von Wötter und Kroeze unterzeichnet ist, geklaxert, das den Stahlhelmmitgliedern Anweisung gibt, wie sie sich beim Volksentscheid gegen den Fürstentraub zu verhalten haben. Es heißt da wörtlich:

„Gefie jeder Stahlhelmer nicht hin und lerge dafür, daß dieses so viel wie möglich aus andere tun. Die schlechteste Propaganda gegen diesen Reichsrub hat einzulegen. Schleppe dient gibt es diesmal nicht, dagegen hat der Schmitz dien im Wahllokal große Bedeutung. Desgleichen das Aufstellen von Posten vor dem Wahllokal, die aufstärkend und abschattend vom Wahlgang wirken sollen. Abgabe des Stimmzettels ohne jegliche Eintragung auf diesen gilt als ungültige Stimme. Dieses gilt nur für weniger mutvolle Leute.“

Schmitzdienst, d. h. Spitzendienst, sollen also die Stahlhelmmitglieder leisten, um einerseits die Wähler festzustellen, andererseits „aufstärkend“ für den Raubzug der Fürsten zu wirken. Die gesamte wertvolle Bevölkerung, die zu den Wahllokalen geht wird die Pflicht haben, diese Spitzel aus den Wahllokalen und vor den Wahllokalen so zu entfernern, daß ihnen ein Widerkommen gründlich verfallen wird. Bezeichnend für die eigene Unfähigkeit ist, daß die Stahlhelmführer damit rechnen, daß eine Anzahl ihrer Mitglieder doch zur Wahl gehen werden, und es wird diesen plausibel gemacht, wie man zur Wahl gehen kann und gleichzeitig diese Wahl dadurch annulliert, daß man weder in den „Ja“ noch in den „Nein“-Kreis ein Kreuz setzt. Wir können aber den Stahlhelmführern verraten, daß diejenigen Mitglieder, die dieser Organisation angehören und die zur Wahl gehen, sich nicht nach den Rundschreiben ihrer Stahlhelmführer richten werden, sondern ihr Kreuz in den „Ja“-Kreis setzen und damit dokumentieren, daß sie gegen den Fürstentraub sind. Wie nämlich der einzelne abgestimmt hat, das kann kein noch so gut organisierter Spitzeldienst der Stahlhelmer kontrollieren, da die Wahl bekanntlich geheim ist.

Das Rundschreiben enthält gleich nach den Anweisungen über den Volksentscheid eine ernste Warnung, daß die Stahlhelmmitglieder endlich den Beitrag abzuführen sollen, damit die Stahlhelmführer Kroeze und Fröhliche sich ein Auto anschaffen können. Es heißt da wörtlich:

„Zur Aufbringung der Aufnahmungskosten für das Stahlhelme-

Sagt dies vor allem den sozialdemokratischen Arbeitern, die Seite an Seite mit Euch, die kommenden Kämpfe vorbereiten. Je größer die Massen sich um die Einheitskomitees sammeln, desto klarer müssen die Kommunisten ihnen die Wahrheit über die Verfalls-politik der reformistischen Führer sagen.

Kommunisten! Demonstrieren gemeinsam mit den sozialdemokratischen, den christlichen und parteilosen Arbeitern! Aber unter roten Fahnen und den Losungen der KPD!

Arbeitet gemeinsam und kameradschaftlich in den Einheitskomitees an der Vorbereitung des heiligen Volksentscheides. Aber stellt ihnen die Frage:

Was wird nach dem 20. Juni?

Habt Ihr auch jetzt noch Illusionen über die Demokratie in der Hindenburg-Republik?

Stellt in den Einheitskomitees alle Fragen des Kampfes der Arbeiterschaft, die wirtschaftlichen sowie die politischen.

In allen Einheitskomitees müssen die Erwerbslosen starke Vertretung erhalten.

Es gibt keine kampffähige proletarische Einheitsfront ohne Verbindung mit dem Millionenheer der Erwerbslosen!

Genossen! Steht die Vertreter aller proletarischen Organisationen, Vertreter des verarmten Kleinbürgertums, der Beamten und der Sozialisten in die Einheitskomitees. Sorgt für die eng- und bestmögliche Verbindung der Einheitskomitees. Schafft engen Kontakt zwischen Stadt und Land! Verbreitet in den Massen den Gedanken eines das ganze Reich und alle Ausgebauten umfassenden

Kongress der Werttätigen nach dem 20. Juni

... der Kampfes! Ein Führer! Unser un-

Einheitsfront zu den

... der tätigen Volkes

... der Bauern-

... der Partei

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

Was wird nach dem Volksentscheid?

Halle, 14. Juni.

Diese Frage zu beantworten, heißt soviel, als die Frage richtig zu stellen. Richtig gestellt lautet die Frage aber nicht: „Was wird nach dem Volksentscheid?“, sondern sie lautet: „Was soll nach dem Volksentscheid werden?“

Wenn wir die Frage so stellen, dann besteht die Antwort nicht in einem sportsmäßigen Kalkül über den zahlenmäßigen Ausgang, sondern in der Vorbereitung zu aktiven Handlungen, von denen die Gestaltung der politischen Lage in Deutschland im höchsten Grade abhängt.

Was soll nach dem Volksentscheid geschehen? Die Reaktion gab darauf schon eine klare und unabweisliche Antwort. Streifen an Streifen, es werde sich keine Regierung in Deutschland bilden, die den Volksentscheid durchführen würde. Hindenburg deutete unmissverständlich an, daß er, entgegen den Bestimmungen der Verfassung, die Durchführung der Entgegnung diktatorisch zu verhindern beabsichtige. Die „Deutsche Zeitung“ gibt die Lösung heraus: „Ein Leutnant und zehn Mann!“ und die halboffene „Allgemeine Zeitung“ vom Sonnabend greift die Parolen auf: „Es muß ein Mann kommen, der Ordnung schafft. Es muß es die Jugend. Schluß mit Reichstag und Wahlrecht. Es lebe Deutschland-Musikanten.“

Die Antwort der Werttätigen darf nicht lange auf sich warten lassen. Wie ungeheure historische Bedeutung der geplanten Kampagne für den Volksentscheid besteht darin, daß die ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung, die bis jetzt infolge der Spaltungen und Verzerrungsmanöver der Ausbeuter teils gegen ihre eigenen Interessen gestimmt, teils durch ihre Passivität das Spiel der Ausbeuter erleichtert haben, sich vielleicht zum erstenmal zusammenschließen. Die Werttätigen haben erkannt, wohin sie gehen. „Werttätige“ — dieser Begriff bedeutet eine klare Spaltung zwischen der übergroßen Mehrheit der gesamten Bevölkerung und einer kleinen, aber wohlorganisierten, mit allen Mitteln des Unrechts und des Terrors operierenden Minderheit, die ihre Herrschaft über die arbeitenden Massen verwirklichen möchte.

Wir dürfen uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß Millionen von den Angehörigen des Mittelstandes, des Kleinbureauntums, der Inflationsopfer und Rentner, die jetzt für den Volksentscheid stimmen, über ihre Stellung in der Klassen-gesellschaft, über ihre Interessen und die richtigen Formen der Verteidigung ihrer Interessen noch kein klares Bewußtsein haben. Aber das müssen die Schichten haben, die gegen die Ausbeuter, die gegen die Interessen aller ausgebeuteten, unterdrückten, betrogenen und ausgebluteten Schichten zu verteidigen verstehen. Die Partei ist ein wachsendes Vertrauen zum Proletariat und zur revolutionären Partei des Proletariats, zur KPD.

In diesem Punkte gilt es, das Glied in der Kette zu ersetzen und die Entwicklung vorwärtszutreiben. Was sich während der Volksentscheidskampagne in Hunderten und Tausenden von Einzelfällen gezeigt hat, muß zusammengelassen und organisiert werden. Der Zusammenhalt der Werttätigen ist die Bedingung des Sieges über die monarchistisch-großkapitalistische Reaktion. Der Kampf der Werttätigen, zu dem die Partei aufruft, ist der erste Schritt zu einer solchen organisatorischen Befähigung und Sammlung der Kräfte, die sich in den letzten Monaten mit ungezügelter Energie entfaltet haben.

Unsere Erfahrung, d. h. die kollektive Erfahrung aller aktiven Parteigenossen, geht dahin, daß der Weg zur Umwälzung des proletarischen Mittelstandes und der werktätigen Kleinrentner der Weg der Aufklärung über die wirtschaftliche Lage ist. In dieser Dummheit tappen die Massen herum, wenn es gilt, Ursachen und Folgen aus ihrem materiellen Dasein zu begreifen und einen Ausweg aus dem Elend zu finden. Hier muß die kommunistische Partei noch eine gewaltige Arbeit leisten. Erst die Aufklärung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen aller ausgebeuteten und unterdrückten Schichten wird die Grundlage für den gemeinsamen politischen Kampf gegen die Konterrevolution schaffen.

Zwei Mißerfahrungen rechtfertigen zu beiderseitigen, bedenklich, soviel, als den Erfolg des Kongresses der Werttätigen zu sichern. Das eine Mißerfahrungen: Die Einheitsfront der Werttätigen bedeutet eine „Vorforderung“, „Zurückstellung“, „Verheimlichung“ der kommunistischen Ziele. Im Gegenteil! Wir werden das Vertrauen der breitesten Schichten der Werttätigen erwerben, wenn wir ein Kampfsprogramm gegen das Ausbeuterprogramm aufstellen, wenn wir diese Schichten zur Verteidigung auf der kleinsten Tagesinteressen auffordern und ihnen dabei hilfsbereit beistehen, aber ihnen gleichzeitig auch die Ausbeuterpolitik einer wirtschaftlichen Befreiung ihrer Lage innerhalb des Kapitalismus zeigen. Gerade darin geht sich die Verwirklichung einer Einheitsfront der Werttätigen, daß der Kapitalismus in Deutschland sich nur durch die gemeinsame Ausbeutung des Proletariats und der übrigen-werkstätigen-Schichten halten kann.

Genau unmissverständlich muß die Partei die Unvermeidlichkeit des außerparlamentarischen Kampfes gegen die großkapitalistisch-monarchistische Reaktion aufzeigen. Außerparlamentarischer Kampf mit allen Machtmitteln der Arbeiterschaft, die sich in dem bevorstehenden entscheidenden Kampf auf die breitesten Schichten der Werttätigen stützen muß — diese Lösung wird die Massen nicht mehr in die Arme der Reaktion treiben. Sie wird



Reichsbanner begrüßt die Jagde der russischen Arbeiter

Eiselen, 14. Juni. Bei dem gestrigen Jugendtreffen des kommunistischen Jugendverbandes, das anlässlich der Übernahme einer russischen Jagde an die Organisation Eiselen stattfand, marschierten im Zuge einer Anzahl Reichsbannerleute mit. Sie erklärten, daß sie in Anbetracht der Angriffe der Faschisten im Mansfelder Lande den kommunistischen Arbeitern die Hand zur einheitlichen Abwehr reichen wollen. Bei der Kundgebung auf dem Marktplatz gelobten auch die Reichsbannerarbeiter, die Jagde der russischen Arbeiter in ihre Obhut zu nehmen.

Reichsbanner begrüßt die Jagde der russischen Arbeiter

Eiselen, 14. Juni. Bei dem gestrigen Jugendtreffen des kommunistischen Jugendverbandes, das anlässlich der Übernahme einer russischen Jagde an die Organisation Eiselen stattfand, marschierten im Zuge einer Anzahl Reichsbannerleute mit. Sie erklärten, daß sie in Anbetracht der Angriffe der Faschisten im Mansfelder Lande den kommunistischen Arbeitern die Hand zur einheitlichen Abwehr reichen wollen. Bei der Kundgebung auf dem Marktplatz gelobten auch die Reichsbannerarbeiter, die Jagde der russischen Arbeiter in ihre Obhut zu nehmen.

